Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Freitag, 28. Oktober 1921

Nummer 505 · Morgen-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auch Polen stimmt zu

Der polnische Landtag über Oberschlesien

Gewisse Vorbehalte

O. E. (Drahtbericht.) Warschau, 27. Oktober.

Die vom Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagene Resolution ist vom Plenum des Sejms einstimmig angenommen worden. Die Resolution besagt:

Die Entscheidung der alliierten Mächte über die Zugehörigkeit Oberschlesiens hat **nur zum Teil den Ansprüchen der polnischen Nation und dem Ergebnis der Abstimmung Rechnung getragen.** Die Entscheidung schließt Bedingungen in sich, die mit dem Versailler Friedensvertrag unvereinbar sind und die einen großen Teil Oberschlesiens um sein gutes Recht bringen, mit dem polnischen Mutterlande wiedervereint zu werden. Ueber 700000 Polen bleiben außerhalb der neuen Grenzlinie, was einer Legalisierung des jahrhundertelangen Unrechts gleichkommt. Trotz obiger Feststellung sieht sich der Sejm mit Rücksicht auf die allgemeine Beunruhigung und die augenblickliche Lage Europas gezwungen, der Deklaration der Regierung an die alliierten Mächte zuzustimmen. Der Sejm ersucht jedoch die Regierung, alle Mittel anzuwenden, um

1. alle Garantien für die außerhalb des polnischen Teils ansässigen polnischen Einwohner zu erhalten,
2. eine enge wirtschaftliche und rechtliche Verbindung zwischen Polen und dem neuen oberschlesischen Gebiet zu schaffen,
3. den Kämpfern für Oberschlesien wirksame Unterstützung zu gewähren.

Auch der Sejmmarschall Trompczynski feierte in seiner Rede die Verdienste der Schlesienkämpfer; jedoch sicherte er den neuen Bürgern deutscher Nationalität die Heilighaltung **ihres Eigentums und ihrer nationalen Rechte** zu. Der Ministerpräsident Poniskowski drückte in seiner Erklärung den Bemühungen des Völkerbundes um eine gerechte Lösung des oberschlesischen Problems seine Anerkennung aus.

Die deutschen Vertreter für die Wirtschaftsverhandlungen

Die Kommissare, die auf Grund der Ententenote vom 20. Oktober die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit den Polen zu führen haben, sind gestern vom Reichskanzler ernannt worden. Es sind der frühere Reichsjustizminister Schiffer und der aus dem Ministerium des Innern ausgeschiedene Staatssekretär Dr. Lewald. Die beiden Herren werden sich mit einem Stab von wirtschaftlichen Sachverständigen umgeben, zu denen u. a. auch Pfarrer Ulitzka, der bekannte oberschlesische Zentrumsabgeordnete, gehören wird.

Die Abstimmung der Parteien

Das Ergebnis der Abstimmung am Mittwoch im Reichstag kam folgendermaßen zustande:

Für die Vertrauensresolution Wels-Marx, die bekanntlich 230 Stimmen vereinigte, haben geschlossen gestimmt: Sozialdemokraten, Zentrum und Unabhängige, ferner die Mehrheit der Demokraten, während sich ein Teil der Demokraten der Stimme enthielt. Gegen das Vertrauen stimmten die Deutschmonarchisten, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten. (132 Stimmen.)

Für den Antrag der drei Rechtsparteien stimmten 152 Abgeordnete: Deutschnationale, Volksparteiler, Bayerische Volksparteiler und Demokraten. Dagegen stimmten mit den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Unabhängigen diesmal auch die Kommunisten. (213 Stimmen.)

Bayern und die neue Regierung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 27. Oktober.

Die Gegensätze zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum haben sich verschärft. Die Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt dazu:

„Die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei in der ganzen Frage ist klar und eindeutig, sie ist bestimmt durch das Verhalten der Partei gegenüber dem Londoner Ultimatum, dessen Annahme von ihr abgelehnt wurde. Damit ist auch die Richtung der Partei in der durch Oberschlesien hervorgerufenen außenpolitischen Krise und in den durch sie ausgelösten innerpolitischen Fiktionen (Vorstellungen) bestimmt. Was das Verhältnis der Bayerischen Volkspartei zum Zentrum betrifft, so wird die neueste politische Tat des Zentrums dazu beitragen, die Situation noch mehr als bisher zu klären. Für das Zentrum selbst kann man nur wünschen, daß die Vorgänge dieser Tage eine wirkliche Klärung in seinen eigenen Reihen anbahnen mögen."

Das ist die offene Kampfansage der Bayerischen Volkspartei gegen die von Wirth geführte Politik.

Karls Verbannung

Paris, 27. Oktober.

Die Botschafterkonferenz beschloß, daß Exkönig Karl an Bord des englischen Kanonenbootes, das sich gegenwärtig vor Budapest befindet, gehen solle. Er soll sich dann nach Galatz begeben, wo er die endgültige Entscheidung der Mächte über seine Internierung erwarten wird.

Die Konferenz genehmigte dann das Protokoll von Venedig und nahm zum Schluß Kenntnis von dem Briefe des deutschen Botschafters Mayer, in dem dieser mitteilte, daß seine Regierung unverzüglich Delegierte ernennen werde, um mit Polen die in der Entscheidung der Alliierten vorgesehenen wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien anzuknüpfen.

Das Kloster Tihany, wo sich Karl und Zita zurzeit befinden, ist von Motorbooten und Truppen aufs strengste bewacht. Der Gesandte und bevollmächtigte Minister im Ministerium des Aeußeren von Kanya traf in Tihany ein mit dem Auftrag, über die Modalitäten der Abdankung zu verhandeln.

Verschärfte Wachsamkeit

Anträge der Schweizer Sozialdemokraten zum Habsburgerputsch

Bern, 27. Oktober.

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz fordert in einem Aufruf schärfste Ueberwachung aller noch in der Schweiz Asylrecht genießenden Personen, die auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu hohen politischen Kreisen des Auslandes Anlaß zu Befürchtungen bieten, daß sie, ähnlich wie Karl von Habsburg, das Asylrecht zu politischen Intriguen mißbrauchen. Ferner erteilte die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Nationalfraktion den Auftrag, anläßlich der nächsten Tagung der Bundesversammlung an den Bundesrat über diese Vorkommnisse und die daraus herzuleitenden Vorsichtsmaßregeln eine Anfrage zu richten, und sie erwartet von den Luzerner Parteigenossen, daß sie von ihrer Kantonsregierung ebenfalls Rechenschaft fordern.

Wir trauen dem taperigen Herrn in Doorn die Abenteuerlust des jugendlichen Habsburgers zwar nicht zu, aber dennoch würde eine gleich scharfe Aufmerksamkeit unserer holländischen Genossen ein wichtiger Dienst im Interesse der internationalen Arbeiterschaft sein.

Ungarn und die Kleine Entente

EE. Prag, 27. Oktober.

Die Meldung, daß die Kleine Entente an Ungarn ein Ultimatum gestellt hat, greift, wie mitgeteilt wird, den Ereignissen vor. Heute ist in der Tschechoslowakei der erste Mobilmachungstag. **Die militärischen Maßnahmen werden zunächst noch in vollem Gange durchgeführt.** Inzwischen ist, wie verlautet, eine diplomatische Aktion im Gange, um die ungarische Frage auf friedlichem Wege zu erledigen. Die Regierungen der Großen Entente sind von den Forderungen der Kleinen Entente an Ungarn verständigt worden. Die bemerkenswerten Forderungen beziehen sich auf die Abrüstung Ungarns, gemäß dem strikten Wortlaut des Friedensvertrages und **nach dem Vorbilde der Entwaffnung Oesterreichs und Deutschlands.** Mit der Forderung dürfte sich die Botschafterkonferenz dieser Tage befassen, da die Kleine Entente sich auf den Boden des Friedensvertrages stellt.

Die Denkschrift der Memeler Gewerkschaften

Eine Abordnung der Gewerkschaften des Memelgebiets überreichte am Dienstag den Teilnehmern der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf die (von der „Vossischen Zeitung" schon heute früh erwähnte) in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßte Denkschrift mit der Forderung vollständiger Selbständigkeit unter dem Schutze einer der westeuropäischen Mächte. Diese Forderung gründet sich auf die besondere Lage der Arbeiter, deren Zukunft in materieller und sozialer Hinsicht durch die Einverleibung des Gebiets in einen osteuropäischen Staat zerstört werden würde. Die Denkschrift erhebt deshalb schärfsten Widerspruch gegen eine Auslieferung Memels an Litauen und Polen.

Oberschlesien und die Arbeiter

Von A. Stein

Die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien bedeutet nicht nur einen heftigen Schlag gegen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches, sie schafft nicht nur neue politische Reibungsmöglichkeiten an der deutsch-polnischen Grenze, sie zerreißt auch die aufstrebende Arbeiterbewegung Oberschlesiens und stellt sowohl das deutsche wie das polnische Proletariat vor neue bedeutsame Entscheidungen.

Der Beschluß der Alliierten über Oberschlesien geht theoretisch auf das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen zurück, mit dem die Ententemächte operieren, um das historische Unrecht gutzumachen, das der frühere habsburgische Staat gegenüber den nichtdeutschen Nationen und der preußische Staat gegenüber den Dänen und Polen verübt hatte. Doch wie jedes Prinzip ist auch dieses von den mannigfachen imperialistischen Bestrebungen der Siegerstaaten verfälscht und oft in sein Gegenteil verkehrt worden. Ebenso wie das kaiserliche Deutschland, als es auf der Höhe seiner Kriegserfolge stand, nicht das Selbstbestimmungsrecht der „befreiten" Polen, Litauer, Balten, Finnen, Ukrainer usw. im Auge hatte, sondern nur die Macht des deutschen Imperialismus weit nach Osten ausdehnen wollte, ist auch die siegreiche Entente weniger darum besorgt, den bisher unterdrückten polnischen Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht zu verschaffen, als an der Ostgrenze Deutschlands einen starken polnischen Militärstaat ins Leben zu rufen, der an Stelle des zertrümmerten Zarenreiches die Wacht an der Oder und der Weichsel halten soll.

Bei der Behandlung des oberschlesischen Problems sind alle diese imperialistischen Gegensätze und Rivalitäten deutlich zum Ausdruck gekommen. Die jahrzehntelange Unterdrückungspolitik des alten Preußens hatte nicht nur in den zum früheren polnischen Staat gehörenden östlichen Provinzen, sondern auch in dem seit 700 Jahren zu Deutschland gehörenden Oberschlesien bei den polnischen Massen eine heftige antideutsche Bewegung ausgelöst. Diese Bewegung wurde speziell in Oberschlesien dadurch verstärkt, daß auch die nachrevolutionären Regierungen mit der Aufhebung der antipolnischen Ausnahmegesetze zögerten und noch im Jahre 1919 ein brutales Gewaltregiment aufrichteten. Oberschlesien wurde zum Aufmarschgelände der deutschen Reaktion, die alle Minen springen ließ, um in diesem umstrittenen Gebiet eine nationalistische Fieberstimmung zu entfesseln und gleichzeitig ihre bewaffneten Landknechtsbanden dort zu versammeln. Oberschlesien mußte Deutschland erhalten bleiben, weil die monarchistische Reaktion, wie die deutschnationale Abgeordnete Käte Schirmacher verkündete, dieses Gebiet als ihre Waffenschmiede betrachtet. Aber ebenso gibt es in den Ententeländern, insbesondere in Frankreich, mächtige Strömungen, die einen möglichst großen Teil des oberschlesischen Industriegebietes, mit seinen Hochöfen, Industrieanlagen und Bodenschätzen, Polen zuschanzen wollen, um diesen wirtschaftlich noch sehr schwachen Staat in den Stand zu setzen, eine eigene starke Kriegsindustrie ins Leben zu rufen. Daneben spielen natürlich auch die Finanzinteressen großer französischer Banken und Industriekonzerne, die in Oberschlesien festen Fuß fassen wollen, eine bedeutsame Rolle. So verbindet sich der Ausbreitungsdrang des französischen Finanzkapitals mit den weltpolitischen Spekulationen der Ententediplomatie, um unter der Hülle des nationalen Selbstbestimmungsrechts das Monstrum eines in zwei Stücke gerissenen Industriegebietes, eines neuen internationalen Brandherdes ins Leben zu rufen.

Wie findet sich die deutsche Bourgeoisie mit diesen Tatsachen ab? Zweierlei Dinge sind hier auseinander zu halten: die offizielle Politik der bürgerlichen Parteien und die inoffizielle Praxis der durch die Teilung Oberschlesiens unmittelbar betroffenen Schichten der besitzenden Klassen. Während die deutsche Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit den Verlust eines Teiles Oberschlesiens als einen Raub am Deutschen Reich ausgibt und zum Teil sogar bereit ist, die oberschlesische Frage zum Ausgangspunkt einer auf Nichterfüllung des Ultimatums gerichteten Politik zu machen, suchen namhafte Vertreter der besitzenden Klassen frühzeitig ihren Frieden mit den polnischen Machthabern zu schließen, um ihren Besitz in Sicherheit zu bringen. Wir erinnern nur an den Grafen Tiele-Winckler, der zur Rettung seiner großen Besitzungen zu den Polen überlief, und an den früheren konservativen Abgeordneten Graf von Oppersdorf, der im Abstimmungskampfe für die Polen eintrat und noch kürzlich, während der Tagung des Völkerbundrates, nach Genf reiste, um dort im polnischen Sinne zu wirken.

Das deutsche Proletariat hat für die eigennützige Politik jener „Edelsten und Besten der Nation" nur Verachtung übrig. Es hat während des Abstimmungskampfes in Oberschlesien seine ganze Kraft eingesetzt, um dieses wichtige Wirtschaftsgebiet dem Deutschen Reiche zu erhalten und den Zusammenhang mit der gesamten deutschen Arbeiterbewegung nicht zu verlieren. Nun, wo die Entscheidung gefallen ist, hat die Arbeiterklasse Oberschlesiens ihre Politik so einzustellen, daß nicht das eigennützige Interesse irgendeiner Schicht und nicht der Chauvinismus nationaler Katastrophen-

politiker, sondern das Gesamtinteresse des deutschen Proletariats und der internationale sozialistische Gesichtspunkt die Richtungslinie dieser Politik bestimmt.

Daß auf diesem Gebiet noch ein gut Stück Arbeit zu vollbringen ist, hat die Erklärung der oberschlesischen Rechtssozialisten vom 11. Oktober gezeigt, in der von den rechtssozialistischen Ministern verlangt wurde, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Aemter im Reichskabinett niederzulegen. Der Geist, der aus dieser Erklärung spricht, ist der Geist des verärgerten Nationalismus, dem es sowohl an politischer Vernunft, wie an dem elementarsten proletarischen Empfinden mangelt. Vergegenwärtigt man sich noch manche Aeußerungen in der rechtssozialistischen Presse Oberschlesiens, die eine absichtliche Geringschätzung der polnischen Klassengenossen zur Schau trugen, so kommt man zu der bedauerlichen Feststellung, daß gewisse Kreise der deutschen Arbeiterschaft in Oberschlesien, beeinflußt durch das nationalistische „Kultur"geschwätz bürgerlicher Propagandisten, sich als aristokratische Oberschicht gegenüber der breiten Masse der polnischen Arbeiterschaft gebärdeten und dadurch die Kluft vertieften, die zwischen den deutschen Arbeitern und den von Nationalismus und Klerikalismus vergifteten polnischen Arbeitern besteht.

Die jetzt getroffene Entscheidung über Oberschlesien macht es zu einer der dringendsten Aufgaben der Politik der deutschen Arbeiterklasse, die Kluft zwischen der deutschen und der polnischen Arbeiterbewegung zu überbrücken. Diese Aufgabe wird nicht nur durch die Notwendigkeit diktiert, eine Gesundung der Arbeiterbewegung in Oberschlesien herbeizuführen und der vergiftenden Propaganda der alldeutschen und allpolnischen Agitatoren den Boden zu entziehen, sie wird auch durch die ganze Gestaltung der deutsch-polnischen Verhältnisse in den Vordergrund der Politik gestellt. Deutschland und Polen sind jetzt unter den Zwang gestellt, eine gegenseitige wirtschaftliche Verständigung herbeizuführen und für die Dauer von 15 Jahren gemeinsam das Industriegebiet zu verwalten. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierungen und die bürgerlichen Klassen diese Verständigung verwirklichen, vielmehr ist zu erwarten, daß aus den vorhandenen Reibungsflächen eine Unmenge neuer Verbitterung, neuen Hasses, neuer Interessengegensätze entstehen, die dem Nationalismus hüben und drüben Wasser auf die Mühlen leiten werden.

Hier liegt es nun an der Arbeiterklasse, die Brücke zur Verständigung zwischen Deutschland und Polen zu bilden. Deutsche und polnische Proletarier werden in Oberschlesien in gleicher Weise vom deutschen und polnischen Kapital, das in Wirklichkeit internationales Kapital ist, ausgebeutet. Deutsche und polnische Proletarier stehen dort, ungeachtet des nationalen Unterschiedes, der gemeinsamen Front der Ausbeuter gegenüber. Deutsche und polnische Proletarier werden in gleicher Weise von der nationalistischen und klerikalen Reaktion mißbraucht und tragen die meisten Opfer davon, wenn die Zuspitzung der nationalen Gegensätze zu einer neuen internationalen Katastrophe führt.

Doch nicht nur die lokal begrenzten Interessen des oberschlesischen Industriegebietes zwingen der Arbeiterschaft eine internationale gerichtete Politik auf. Auch die Gesamtinteressen der deutschen wie der polnischen Arbeiterbewegung machen eine Annäherung zwischen dem deutschen und polnischen Proletariat zum Gebot der Stunde. Die deutsche Arbeiterklasse hat in ihrer übergroßen Mehrheit die nationalistischen Verirrungen, die sie während des Krieges zu einem willenlosen Werkzeug der Bourgeoisie machten, überwunden. Auch das polnische Proletariat, das heute noch in seiner Mehrheit den bürgerlichen Nationalisten oder den verbürgerlichten Nationalsozialisten Gefolgschaft leistet, befindet sich bereits auf dem Wege der Gesundung. Schon zeigen sich ernste Anzeichen einer oppositionellen Bewegung in der polnischen Arbeiterschaft, die sich gegen den Nationalismus wendet und eine Politik konsequenten Klassenkampfes fordert. Klassenkampf ist aber unverträglich mit einer nationalistischen Politik. Je mehr deshalb die polnische Arbeiterschaft unter dem Zwang der Verhältnisse zu einer entschiedenen Kampfstellung gegen die Bourgeoisie getrieben wird, desto mehr muß es sich auch dem internationalen Gedanken der Sozialdemokratie zuwenden, desto bereitwilliger muß es die Hand ergreifen, die ihm von deutscher Seite entgegengestreckt wird.

An der deutschen Arbeiterklasse liegt es nun, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um diesen Prozeß der Annäherung an das polnische Proletariat, der durch die gesamte politische Situation geboten ist, zu beschleunigen und zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß zu bringen.

Die deutsche Oberschlesien-Note

Die von uns schon im gestrigen Abendblatt erwähnte Note, die der deutsche Botschafter in Paris der Botschafterkonferenz übermittelt hat, hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages, dem die in Genf getroffene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden."

Im Banne der nationalen Phrase

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund veröffentlichen nachstehenden Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens:

Ohne Rücksicht auf die feierliche Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwingender Vorschriften des Versailler Vertrages, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die würgende Last der Reparationsverpflichtungen künftighin tragen kann, haben Völkerbundsrat und die Hauptmächte der Entente das Unrecht der Teilung Oberschlesiens beschlossen. Gegen diese Entscheidung erhebt die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt schärfsten Protest. Sie erblicken in diesem, dem deutschen Volke ohne jede Anhörung aufgezwungenen Beschluß eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem in schärfstem Widerspruch mit dem wiederholt feierlich verkündeten Zweck des Völkerbundes (friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten) steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, sollen Hunderttausende deutscher Volksgenossen einem Staate überantwortet werden, der kulturell, sozial und wirtschaftlich rückständig ist.

Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich festgelegte **Koalitionsrecht der Arbeitnehmer** ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtlos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem **Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden** preisgegeben.

Während das deutsche Wirtschaftsleben schon nach den ersten Versuchen zur Erfüllung der Reparationslasten schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, werden ihm wertvolle, unentbehrliche Teile zu Unrecht entrissen.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat wiederholt ihren ehrlichen **Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation bekundet.** Dieser Wille wird durch die Genfer Entscheidung glatt zerschlagen. Es gewinnt den Anschein, als solle die Reparation verhindert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen vorgehen zu können.

Dreizehn Millionen deutscher Arbeitnehmer sprechen hiermit den gegen ihren Willen uns entrissenen Oberschlesiern ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, Euch als Volksgenossen zu betrachten und werden nie erlahmen, zu betonen, daß wir die Zerreißung Oberschlesiens, die entgegen dem einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen der beteiligten Bevölkerung, entgegen Vernunft und Gerechtigkeit, erfolgt ist, als brennendes Unrecht betrachten.

Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt, in der festen Zuversicht, daß mit Hilfe aller ehrlichen Menschen im Geiste der Völkerversöhnung auch das Recht auf unsere oberschlesischen Volksgenossen Anwendung findet.

Wir geben diesen Aufruf wieder, nicht weil wir uns irgend ein positives Resultat von ihm versprechen, sondern weil wir auch an diesem Beispiel dartun wollen, wie notwendig — unbeschadet des Kampfes für die Revision des Versailler Friedens — die Vertiefung des internationalen proletarischen Gesichtspunktes auch bei unseren gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ist. Eine Beleuchtung der oberschlesischen Frage von diesem Gesichtspunkt finden die Leser in unserem heutigen Leitartikel.

Was Preußen verliert

Größe und Einwohnerzahl des abgetrennten Gebiets in Oberschlesien

Das Preußische Statistische Landesamt verbreitet eine Darstellung, aus welcher der Verlust an Land und Leuten ersichtlich ist, den Preußen in Oberschlesien erleidet. An Flächeninhalt umfaßt das strittige Gebiet insgesamt 512 117 Hektar. Davon werden abgetreten 321 832 Hektar und bei Preußen bleiben 190 685 Hektar. Am 8. Oktober 1919 wurde die Einwohnerzahl des ganzen Gebietes auf 1 409 805 berechnet. Davon leben im abzutretenden Teil 980 296 und in dem bei Preußen verbleibenden Teil 429 509.

In den einzelnen Kreisen verliert Preußen an Flächeninhalt und Einwohnerzahlen folgendes:

	Flächengröße in Hektar	Einwohnerzahl am 8. Okt. 1919
1. Beuthen-Stadt	450	17 949
2. Beuthen-Land	8 483	149 027
3. Hindenburg O./S.	7 418	52 644
4. Kattowitz-Stadt	495	45 422
5. Kattowitz-Land	18 122	227 957
6. Königshütte O. Stadt	617	74 811
7. Lublinitz	70 675	38 836
8. Pleß	106 340	141 828
9. Ratibor-Land	13 322	18 334
10. Rybnik	71 030	151 887
11. Tarnowitz	23 399	57 182
12. Gleiwitz, Tost	3 126	4 719

Zugleich wiederholt das Statistische Landesamt genaue Zahlen über das Abstimmungsergebnis. Danach wurden insgesamt abgegeben: 351 888 deutsche Stimmen und 389 799 polnische Stimmen. Im abzutretenden Teil stimmten 220 559 Stimmberechtigte deutsch und 280 543 Stimmberechtigte polnisch. In dem bei Preußen verbleibenden Teil wurden 131 329 deutsche und 109 256 polnische Stimmen abgegeben.

Von der Gesamtfläche des ganzen oberschlesischen Abstimmungsgebiets (1 095 089,40 Hektar) verliert Preußen danach fast ein Drittel, von der Gesamtbevölkerung des Abstimmungsgebiets (2 073 083) dagegen nicht viel weniger als die Hälfte. Von den 707 393 Stimmen, die bei der Abstimmung für Deutschland abgegeben wurden, stammen 220 559 aus den Gebietsteilen, die jetzt an Polen fallen sollen. Von besonderem Interesse ist ein Vergleich zwischen den deutschen und polnischen Stimmenzahlen in dem nunmehr abzutretenden Gebiet: 220 589 deutsche, 280 543 polnische. Betrachtet man den abzutretenden Teil als Gesamtheit, so ergibt sich eine nur schwache polnische Mehrheit.

Seeckt und Geßler

Das übliche Dementi

Unsere Mitteilung, daß General von Seeckt beim Reichspräsidenten Ebert vorgesprochen und diesem die ultimative Forderung überbracht habe, Minister Geßler auf seinem Posten zu belassen, sonst mache die Reichswehr nicht mehr mit, wird dementiert. Angeblich ist dieser Vorgang völlig aus der Luft gegriffen. Ein Besuch des Generals von Seeckt habe überhaupt nicht stattgefunden, auch habe weder General von Seeckt noch irgendein anderer Offizier bei irgendeiner Stelle Schritte für die Besetzung des Postens des Reichswehrministers getan.

Die Nachricht über die Forderung Generals von Seeckts ist uns von gutunterrichteter Seite zugegangen. Sie wird jetzt auch nicht dementiert von der Stelle, auf die eingewirkt worden ist, sondern von den Herrn Seeckt nahestehenden Kreisen. Wir behalten uns deshalb vor, zu geeigneter Zeit und an geeigneter Stelle nochmals auf unsere Behauptung zurückzukommen.

Die sozialdemokratische Justizbeamtenschaft Braunschweigs hat dem ersten sozialdemokratischen Reichsjustizminister Radbruch ein Telegramm gesandt, das die Hoffnung ausdrückt, daß die seit Jahren erwartete großzügige Justizreform nunmehr schleunigst in Angriff genommen wird.

Die Kappistenprozesse

Zu der jüngst von uns wiedergegebenen Behauptung der „Augsburger Zeitung", wonach die Erklärung der im Auslande befindlichen Kappisten, daß sie sich dem Gericht stellen wollten, bereits vor einem halben Jahr erfolgt und seitdem nicht wiederholt worden sei, erklärt der Oberreichsanwalt folgendes:

„Es ist allerdings in den letzten Monaten mehrfach davon die Rede gewesen, daß verschiedene Teilnehmer des Kapp-Putsches sich freiwillig dem Gericht stellen wollten. Der Oberreichsanwalt hatte aber keine Veranlassung, ihnen freies Geleit zuzusichern, solange sie nicht selbst darum nachsuchten. Erst in allerletzter Zeit haben die vier Schuldigen, Ehrhard, Oberst Bauer, Pabst und Schnitzler, das Ersuchen gestellt. Für den Oberreichsanwalt ergab sich dadurch die Möglichkeit, langwierige doppelte Verhandlungen zu vermeiden. Er hat dem Ersuchen darum stattgegeben, bisher allerdings noch keinen Bescheid zurückbekommen, ob die vier nun tatsächlich sich dem Reichsgericht stellen werden. Es hat darum auch noch kein neuer Termin festgesetzt werden können. Sollten die vier sich trotzdem nicht bald bereit erklären, vor dem Reichsgericht zu erscheinen, so werde die Verhandlung gegen Jagow, Wangenheim und Schiele gesondert vorgenommen werden."

Hier scheint dasselbe schelmische Frage- und Antwortspiel zu beginnen, das sich einst zwischen Jagow und Schiffer zugetragen hat. Und wenn die Widersprüche zwischen dem Oberreichsanwalt und dem Augsburger Kappistenblatte dem Arglosen auch ewig dunkel bleiben werden — wir vermuten, daß der Leipziger Oberankläger und die Kappisten sich in dieser dunklen Sprache sehr gut verständigen. Dem neuen Reichsjustizminister aber blüht hier eine dankenswerte Aufgabe.

Natürlich kein Ergebnis

München, 27. Oktober.

Die polizeilichen Erhebungen über das Revolverattentat auf den Landtagsabgeordneten Auer haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Sozialdemokratische Verein München setzte für die Ausfindigmachung des Täters 5000 Mark Belohnung aus.

Wen wundert es, daß die Münchener Polizei auch diesen Attentäter nicht findet?

Späte Einsicht

Monatelang hat die Kommunistische Partei die Forderung nach Erfassung der Goldwerte bekämpft. Ihr Jenaer Parteitag hat sie sogar ausdrücklich abgelehnt. In der Resolution, die dort angenommen wurde, wurde erklärt, daß auch die Erfassung der Goldwerte bei unveränderten politischen Machtverhältnissen nur zur Abwälzung dieser anscheinend das Industrie- und Agrarkapital ausschließlich treffenden Lasten auf die breiten Massen führe.

Wie in allen anderen Fragen, so haben sich aber auch in dieser die Kommunisten jetzt der besseren Einsicht beugen müssen. In dem Aufruf der Zentrale der Kommunistischen Partei, den die „Rote Fahne" gestern veröffentlichte, steht an erster Stelle die Forderung: Erfassung der Goldwerte.

Endlich also sind auch die Kommunisten zu der Einsicht gekommen, daß ihre bisherige Haltung falsch war. So geht es immer, monatelang bekämpfen die Kommunisten die Forderung, um sie dann schließlich doch zu vertreten — allerdings nur mit Worten.

Bessere Wagengestellung

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt, daß es den bereits mehrfach in der Presse erwähnten Bestrebungen des Reichsverkehrsministeriums erfreulicherweise gelungen ist, die Zahl der an einem Tage beförderten Güterwagen mit Kartoffeln auf über 7000 zu steigern.

Da trotzdem die Preise für Kartoffeln weiter gestiegen sind, so geht daraus am allerbesten hervor, wie falsch es ist, den Kartoffelwucher mit der mangelnden Wagengestellung erklären zu wollen.

Wohnungsnot und Mietssteuer

Stadtrat Humar begründete gestern im vorläufigen Reichswirtschaftsrat die Leitsätze des Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen zur Behebung der Wohnungsnot: Ausbauten und Rationierung führen zu keinem Ziel, es müssen neue Wohnungen gebaut werden. Die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln darf nicht auf einzelne Unternehmungen oder besondere Bauformeln beschränkt werden. Das Wohnungswesen selbst muß die Mittel zum Neubau aufbringen, denn Reich, Staat und Gemeinde sind dazu nicht imstande. Nach dem Mietssteuergesetz sollen die Gemeinden immer neue Anleihen aufnehmen, die jeweils in zwanzig Jahren mit den Eingängen aus der Mietssteuer verzinst und amortisiert werden sollen. Wir schlagen dagegen vor, die Mietssteuer so hoch zu bemessen, daß die Einkünfte die Jahresauslagen für Wohnungsbeihilfen unmittelbar decken. Selbstverständlich müssen die höheren Mieten durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden. Für außerordentlich hohe Mieten müssen prozentual höhere Abgaben festgesetzt werden. Zunächst sind aber dem Hauswirt angemessene Beträge für Verwaltung und Instandhaltung zu gewähren. Die ohne Zuschüsse gebauten Häuser sollen von der Rationierung ganz frei sein. Gegen diese Leitsätze haben im Ausschuß nur einige Landwirte gestimmt. — Die Leitsätze werden mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Kleine Nachrichten

Die Legitimitätsprüfung der Reichstagsmitglieder. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat in seiner Sitzung vom 24. Oktober die Reichstagswahl in Schleswig-Holstein für gültig erklärt. Damit ist die Legitimationsprüfung sämtlicher Reichstagsmitglieder beendigt. Der Antrag der Schleswig-Holsteinischen Landespartei auf Zuteilung eines Sitzes auf den Reichswahlvorschlag Alpers wurde mangels Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen abgewiesen. Desgleichen wurde der Anspruch der Kommunistischen Partei auf die Reststimmen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis Hamburg, deren Verrechnung bis zur Neuwahl in Schleswig-Holstein aufgeschoben worden war, für unbegründet erklärt.

Frankreichs Finanzen. Finanzminister Doumer teilte gestern im Finanzausschuß der Kammer mit, daß er weitere Ersparnisse von 125 Millionen zum größten Teil aus dem Kriegsbudget vorschlage. Außerdem verlange er Zusatzsteuern im Betrage von 870 Millionen sowie neue Steuern im Betrage von 391 Millionen Franken durch Erhebung eines Eingangszolles auf gewisse Rohstoffe und eines Zolles auf teurere Oele. Hierdurch wird das Defizit auf 1200 Millionen Franken herabgesetzt. Zur Deckung dieses Defizits schlägt er vor, die Umsatzsteuer für gewisse Arten von Waren um ½ Prozent zu erhöhen.

Untersuchung des Märzputsches

Grausame Mißhandlungen

Morde der Sipo in Mitteldeutschland

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags setzte am Donnerstag seine Untersuchung über die mitteldeutschen Unruhen fort. In Fortsetzung der Zeugenvernehmung wird zunächst der Bergmann Zeitel aus Bischofsroda über die Erschießung von sieben Arbeitern durch die Schupo vernommen. Der Zeuge will die Erschießung von fünf Arbeitern von seiner Küche aus mitangesehen haben. Der Landwirt Seelig aus Bischofsroda bekundet, daß die Schutzpolizei aus einem Hause Leute herausgeholt und ihnen Infanteriemunition abgenommen hat. Die sieben Gefangenen sind durch ein Kommando der Schutzpolizei erschossen worden. Beide Zeugen wollen die erschossenen Gefangenen auf einem Bilde der „Woche" wiedererkennen. — Der nächste Zeuge, Sanitätsrat Hagemann, der in Eisleben die Leichenbesichtigung vorgenommen hat, will die Erschießung nicht gesehen haben. Nach dem Protokoll hatten die meisten Leichen drei bis vier Schüsse; Schußwunden, die von Nahschüssen herrühren, hat der Zeuge nicht festgestellt. Von den Bergmännern Büsche aus Wimmelburg und Briemann aus Schraplau werden weitere Arbeitererschießungen bekundet. Der Landwirt Richter und der praktische Arzt Dr. Gierig aus Schraplau haben nur Schüsse fallen hören. — Zeuge Schriftsetzer Hensel, der in Lauchstedt als Sanitäter gefangengenommen und nach dem Leunawerk gebracht worden war, gibt verschiedene Fälle von Mißhandlungen und Erschießungen nach der Gefangennahme an. Mein Freund Stillmann äußerte mir gegenüber die Befürchtung, daß er etwas zwischen die Rippen bekommen würde. Stillmann und drei andere Arbeiter sind dann auch mittags erschossen worden. Ein Oberwachtmeister Hein, der durch die Aussage des Zimmermanns Werner aus Leuna verschiedener Mißhandlungen beschuldigt wird, hat furchtbar im Leunawerk gehaust und

willkürlich grausame Mißhandlungen und Erschießungen

vorgenommen. Wir über 2000 Gefangene wurden gezwungen, aus 150 meist nicht gereinigten Näpfen zu essen, obwohl viele Syphiliskranke darunter waren. Wir erhielten oft nur alle 18 Stunden zu essen, mußten stundenlang warten, ehe wir unsere Notdurft verrichten konnten, und litten großen Mangel an Trinkwasser. Die Gefangenen mußten 14 Tage lang in einem Raum, der gar keine Entlüftung hatte, zubringen.

Obermaschinist Loth, der damals im Leunawerk wohnte und die Notstandsarbeiten leitete, sagt aus: Alle im Werk befindlichen Notstandsarbeiter, auch ich, wurden zusammengetrieben. Ich ging aber doch in den Maschinenraum, um meine Arbeit zu verrichten. Auf mein Verlangen, die Notstandsarbeiter freizulassen, wurde mir von einem Offizier gesagt: „Die Festnahme ist Befehl!" Mit einem mir zugewiesenen Beamten ging ich dann zu den Gefangenen, die angetreten waren, und **beobachtete, wie die Leute mißhandelt wurden.** Ich erhob gegen diese Mißhandlungen Einspruch, erhielt aber plötzlich einen Kolbenschlag, und ein Sipobeamter rief mir zu: „Was willst du, Schwein!" Die mir unterstellten Leute, die festgenommen worden waren, und die ich mir aus den Festgenommenen heraussuchen sollte, konnte ich nicht mehr finden. Niemand wußte etwas über ihren Verbleib. Weiter habe ich beobachtet, **daß eine Gruppe Gefangener auf Befehl eines Sipobeamten wiederholt Hochrufe auf die Erfurter Schutzpolizei ausbrachten.** Alle im Werk wohnenden wurden festgenommen und vorgeführt, nach Verlesung ihrer Namen aber wieder entlassen. Als später die Gefangenen zweimal zur Herausgabe von Waffen aufgefordert wurden, sich aber niemand meldete, wurden die Leute daraufhin untersucht. Gleich der zweite Mann hatte in seiner Verbandstasche eine Schußwaffe. Er erhielt sofort einen solchen Kolbenschlag über den Kopf, daß er **mit klaffender Wunde tot zusammenbrach.** Einem anderen Gefangenen wurde ein Revolver in die Hand gedrückt, und

er mußte sich selbst erschießen.

Ein anderer, der die Annahme des Revolvers verweigerte, wurde niedergeschossen. Auf dem Hofe habe ich im ganzen **fünf Leichen nebeneinander liegen sehen.** Der Arbeiter Artmeier bekundet ebenfalls zahlreiche Mißhandlungen. Im Silo wurden wir zunächst in einer Reihe, den Kopf gegen die Wand gerichtet, aufgestellt und dann in einen Keller geführt, wo die Gefangenen von Sipobeamten fortgesetzt geschlagen wurden. Um 11 Uhr abends wurde in einem uns zum Schlafen angewiesenen Raum ein Gefangener gebracht, der stark blutete und entsetzlich schrie. Den Oberwachtmeister Heim schildert Zeuge als einen außergewöhnlich **brutalen Menschen,** der unausgesetzt Gefangene ohne jeden ersichtlichen Grund mißhandelte. Erschießungen hat der Zeuge nicht selbst wahrgenommen; Sipobeamte erzählten aber wiederholt, daß sie draußen Gefangene erschossen hätten. Offiziere haben den Mißhandlungen oft kühl lächelnd zugesehen, ohne einzuschreiten. Wir wurden sogar gefilmt.

Doppelte Liebesgaben

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft haben bereits vor Wochen eine Reihe von Abwehrmaßnahmen gegen die infolge der Dürre und Futternot zu befürchtenden Ernährungsschwierigkeiten als notwendig bezeichnet.

Ihren in diesem Zusammenhang erhobenen Forderungen kann man insoweit zustimmen, als sie sich auf das Verbot der Futter- und Nahrungsmittelausfuhr, auf eine sofortige Bereitstellung der noch im Besitz des Reiches und der Länder befindlichen Kraftfuttermittel für die hauptsächlich notleidenden Bezirke sowie deren bevorzugte Belieferung mit der aus dem Umlagegetreide anfallenden Kleie und auf die Oeffnung der Staats-, Gemeinde- und Privatforsten für Futter- und Streunutzung beziehen. Die Bewilligung einer Frachtermäßigung für ostpreußisches Weide- bzw. mageres, dagegen nicht, wie auch verlangt, für Schlachtvieh, dürfte davon abhängig zu machen sein, daß es gelänge, zwecks Vermeidung der Verschleuderung und Abschlachtung von noch nicht schlachtreifem Vieh solches unter Ausschaltung jeglicher Wucherbegleiterscheinungen in entfernten futterreichen (Brennerei-) Wirtschaften unterzubringen, eine Aufgabe, der sich vorzugsweise die Landwirtschaftskammern und Genossenschaften mit großem Verdienst um die Allgemeinheit zu unterziehen vermöchten. Auch gegen den Wunsch, dem landwirtschaftlichen Kreditbedürfnis staatlicherseits erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, wäre in Anbetracht des wesentlich gesteigerten Erfordernisses an Betriebskapital, zumal in den großen und intensiv betriebenen Wirtschaften, nichts einzuwenden.

Ganz anders aber verhält es sich mit den übrigen Forderungen. Sie zielen auf erhebliche Frachtermäßigungen, Herabsetzung des Kleiepreises und Uebernahme der Valutaverhältnisse für verstärkt einzuführende Futtermittel und Mais durch das Reich ab. Ihrer Bewilligung kann nicht scharf genug entgegengetreten werden, weil sie lediglich ein — nach den Erfahrungen der letzten Zeit muß man sagen weiteres — ganz gewaltiges Geschenk einseitig an die Landwirtschaft darstellen.

Dem Verlangen nach verstärkter Zulassung des Maisbrandes, das sich so schön mit dem Milchmangel in den Städten begründen läßt, ist durch die inzwischen erfolgte Festsetzung des Brennrechts für diese Kampagne auf 50 Prozent außerordentlich weitgehend Rechnung getragen. Für wenigstens annähernd die gleichen Vorteile der Brennereien wie in der vorjährigen Kampagne scheint also gesorgt zu sein. Die „Deutsche Tageszeitung" vom 9. d. M. stellt fest, daß inländischer Hafer billiger ist als Mais, so daß sich viele Landwirte gezwungen sehen, „ihren" Mais dem Markt wieder zuzuführen. Es lebe der Bezugsscheinschacher!

Kommt nun schon des niedrigeren Haferpreises wegen der Mais für die Notstandsgebiete wenig oder gar nicht in Betracht, so ist weiterhin zu bedenken, daß es letzteren hauptsächlich an Heu und Stroh fehlt, daß aber dieses Rauhfutter durch den doch letzten Endes nur für die Vieh- und Schweinemast sowie als Leistungsfutter für Arbeitspferde und Zugochsen verwendbaren Mais gar nicht ersetzt werden kann.

Der Antrag, das Reich solle die Valutaverhältnisse für den — zumal in besonders starkem Umfang — einzuführenden Mais übernehmen, so ist das der Gipfelpunkt feudalagrarischer Frechheit und Anmaßung. Denn einmal geht die agrarische Forderung dahin, daß für das inländische Getreide von den Verbrauchern der Weltmarktpreis bezahlt wird; was aber andererseits den zum Weltmarktpreis erhältlichen Mais anbelangt, so ist man „bescheiden" genug, für ihn die Uebernahme der Valuta auf das Reich abwälzen zu wollen; also gleich zwei Liebesgaben mit einem Schlag.

Und schließlich, wie will man den Begriff „Notstand" für die einzelnen Gebiete und für die einzelnen Landwirte gerecht und genau abgrenzen? Es gibt in jedem Jahr Gegenden mit mehr oder weniger starken Mißernten; das Erfordernis von Notstandsaktionen, das in diesem Jahr durch die maßlose Agitation des Landbundes zweifellos erheblich übertrieben ist, würde also niemals aufzuhören haben. Und wenn man die Lage des auf den Kauf der Lebensmittel angewiesenen Arbeiter- und des ganzen sogenannten Mittelstandes betrachtet, so kann da überhaupt nur von einem einzigen ungeheuren Notstand die Rede sein, der sich bei der großen Zahl der Erwerbslosen und unverschuldet in Bedrängnis Geratenen zu einer vollkommenen Schreckensstituation auswächst.

Trotzdem ist die Befürchtung gerechtfertigt, daß das Ernährungsministerium diesen Forderungen der Agrarier nachkommt. In bezug auf die Verbrennung des Mais haben die Herren bereits einen sehr erheblichen Erfolg erzielt. Ob sie nicht auch in der Frage der Verbilligung der Kleie und der Uebernahme des Valutarisikos bei der Einfuhr von Mais Erfüllung ihrer Wünsche erzielen, hängt lediglich von dem Widerstand ab, den diese Forderungen der Agrarier bei denjenigen verantwortlichen Stellen finden, die nicht, wie das Ernährungsministerium, eine Zweigstelle des Reichslandbundes darstellen.

So kommt man auch hier zu dem Ergebnis: der Not des Volkes durch das tägliche Anziehen der Preise, durch den riesig wachsenden Wucher wird nicht gesteuert, — man hat nur Verständnis für die Not der Agrarier.

Die Börse

An der Börse gab es gestern wiederum ein Anziehen der Kurse der ausländischen Devisen. Der Dollar wurde amtlich mit 173½ notiert, gegenüber 165 am Vortage. Auch die anderen Devisen zogen an. Infolgedessen stiegen auch die Kurse für Industriewerte wiederum beträchtlich.

Dasselbe war der Fall an der Produktenbörse. Der Preis für Weizen stieg um fast 200 Mark die Tonne, so daß jetzt bereits ein Preis von fast 5800 Mark für die Tonne gezahlt wird. Umlageweizen kostet 2300 Mark, 3500 Mark Mehrverdienst, ein gutes Geschäft. Noch stärker stiegen die Preise für Weizenmehl. Wurden für 100 Pfund am 26. Oktober 370 Mark gezahlt, so stieg der Preis gestern bis auf 390 Mark.

Die Pfarrer von Magdeburg

Die evangelischen Seelenhirten fangen an, soziale Pflichten zu empfinden. Während sie bisher den katholischen Geistlichen in Arbeiterfragen stets den Vortritt gelassen haben, wollen einige von ihnen jetzt ebenfalls einige Schritte auf diesem Boden probieren. Die Pfarrer von Magdeburg haben auf Einladung ihres Generalsuperintendenten Stolte am Dienstag, den 18. Oktober d. J., im kleinen Saal der Stadtmission in Magdeburg, Hasselbachstr. 1, eine Versammlung abgehalten „mit dem Ziele, eine genaue Kenntnis und wärmere Teilnahme für die christlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu vermitteln". So heißt es in der Einladung.

Es waren 3 Vorträge in Aussicht genommen:

1. von Arbeitersekretär Mitthof aus Merseburg über: Das Werden und Wirken der christlichen Gewerkschaft;
2. von M. d. R. Hartwig aus Bethel bei Bielefeld über: Die evgl. Kirche und die christlich-nationale Arbeiterbewegung;
3. von Pastor Pasewald aus Menz bei Magdeburg über: **Können die evangelischen Geistlichen die christlichen Gewerkschaften fördern?**

Um eine Antwort auf die dritte Frage zu bekommen, brauchten die Herren nicht erst so umständlich zu sein und einen Vortrag zu hören. Warum haben sie sich nicht mit einer Briefkastenfrage an uns gewandt? Wir hätten ihnen gesagt: Wie wollt ihr guten Leute die Arbeiterorganisationen fördern, da euch doch eure Schäflein mehr und mehr aus euren Tempeln davonlaufen? Das zeigt doch, daß bald niemand mehr auf euch hört. Im übrigen: Schuster, bleib bei deinem Leisten.

Schwere Munitionsexplosion bei Kolberg. In der Munitionszerlegungsanstalt Bodenhagen bei Kolberg explodierte ein großes Gebäude, in dem Geschosse und Explosivstoffe lagerten. Acht Arbeiter und Frauen wurden schwer verletzt.

Keine neue kommunistische Partei. Gegenüber Meldungen in der Presse, daß Paul Levi, der Führer der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, eine eigene Partei gründen werde, erfahren die P. P. N., daß Levi nicht daran denkt, die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft als besondere Partei aufzumachen.

Parteitag der USPD.

Das Zentralkomitee beschloß, den nächsten Parteitag zum Sonntag, den 8. Januar 1922 nach Leipzig (Volkshaus) nachmittags 5 Uhr, einzuberufen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages.
2. Geschäftsbericht:
   a) Allgemeines, Berichterstatter: **W. Dittmann.**
   b) Kassenbericht und Organisation. Berichterst.: **K. Ludwig.**
   c) Bericht der Kontrollkommission. Berichterst.: **W. Bock.**
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: **A. Henke.**
4. Bericht der Programm-Kommission. Berichterst.: **G. Ledebour.**
5. Finanz- und Steuerpolitik. Referent: **R. Hilferding.**
6. Organisationsstatut. Berichterstatter: **R. Lipinski.**
7. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft. Berichterstatter: **A. Crispien.**
8. Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Für die Zusammensetzung des Parteitages sind die Beschlüsse des Haller Parteitages maßgebend, da heißt es:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Bezirksorganisationen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf nicht mehr als 400 betragen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die am letzten Vierteljahresabschluß Pflichtbeiträge an die Zentralleitung abgeführt worden sind. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten.

Die Wahlen der Delegierten zum Parteitag sind bezirksweise nach einheitlichen Grundsätzen vorzunehmen. Die Wahlordnung hat das Zentralkomitee frühzeitig bekanntzugeben.

Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen.

Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.

Das Zentralkomitee beschloß, die Zahl der Delegierten auf 200 festzusetzen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt am 17. November durch das Zentralkomitee nach den für das Quartal Juli-August-September an die Zentrale abgeführten Pflichtbeiträgen. **Endtermin für die Abführung ist der 15. November;** neben den Beiträgen sind die verlangten Berichte der Zentrale einzusenden.

Anträge von Parteiorganisationen zum Parteitag müssen bis zum 18. Dezember beim Zentralkomitee eingegangen sein, damit die Veröffentlichung rechtzeitig erfolgen kann.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Eine Geschichte der USPD.

In der zweiten Hälfte des November erscheint im Verlage der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin, das Werk „Geschichte der U. S. P. D.", Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eugen Prager.

Diese Schrift schildert nach einem Rückblick auf die Entwicklung der alten sozialdemokratischen Partei das Entstehen der Opposition gegen die Kriegspolitik, den Zusammenschluß der oppositionellen Kräfte zur Unabhängigen Sozialdemokratie und gibt schließlich eine Darstellung dieser Partei bis zur Gegenwart. Das Buch enthält eine Fülle von Material, das zum Teil noch wenig bekannt ist. Es wird nicht nur einen Abriß der Parteigeschichte enthalten, sondern einen Ueberblick über die ganze Zeit des Krieges und der Revolution geben. Die Geschichte der U. S. P. D. dürfte daher für jeden, der an den politischen Ereignissen handelnd oder zuschauend teilnimmt, eine bisher fühlbar empfundene Lücke ausfüllen. Unentbehrlich wird sie für jedes Mitglied der U. S. P. D. sein. Das Buch wird, ungefähr 300 Seiten stark, in dauerhaftem Halbleinenband gebunden, 40 Mark kosten.

Um weitesten Kreisen die Anschaffung dieses Buches zu ermöglichen, liefert der Verlag bei Vorausbestellungen, die bis spätestens 15. November erfolgen müssen, das Buch zum Subskriptionspreise von 32 Mark. Bestellungen können erfolgen durch die politischen Organisationen, Gewerkschaftsverbände und Ortsgruppen der Gewerkschaften, Gewerkschaftskommission und AfA, Betriebsrätezentralen, Arbeitersekretariate, Betriebsräte und Obleute oder direkt beim Verlag, Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin C 2, Breitestraße 8-9.

Irland und das Unterhaus

Abstimmung und Entschließung am Montag

London, 27. Oktober.

Im Unterhaus teilte Lloyd George mit, daß die Konferenz mit den Sinnfeinerdelegierten weitergehe. Er sagte, es sei klar, daß eine Gruppe von Mitgliedern des Unterhauses ernste Befürchtungen wegen der augenblicklich zwischen den Vertretern der britischen Regierung und den Sinnfeinern geführten Verhandlungen hegten und daß daher die Regierung wissen müsse, woran sie sei. Keine Regierung könne derartige Verhandlungen führen, wenn sie nicht wisse, daß sie dabei die Unterstützung des Hauses hinter sich habe. Die Regierung beabsichtige daher, am Montag eine Erörterung über eine diesbezügliche Entschließung sowie eine namentliche Abstimmung stattfinden zu lassen.

Lloyd George erklärte außerdem, das Ergebnis der augenblicklich mit den Sinnfeinern stattfindenden Konferenzen werde dem Parlament unterbreitet werden. Die Zustimmung des Parlaments zu dieser Regelung sei natürlich notwendig.

Briand und die Presse

Stimmen über die Kammerdebatte

Paris, 27. Oktober.

„Echo de Paris" sagt, für den Augenblick nehme es ohne Widerspruch die Entscheidung der Kammer an, denn der Ministerpräsident erhalte für die Washingtoner Konferenz die verlangte Unterstützung. Aber er habe ein sehr klares Mandat erhalten; es genüge nicht, dort zu reden, sondern er müsse handeln. Man werde also, sobald die Ergebnisse vorliegen, wieder auf die Frage zurückkommen.

„Petit Journal" meint, es sei Briand nicht schwer geworden, seiner Mehrheit bestimmte Versprechungen zu machen. Der Tendenzprozeß sei daher gewonnen worden. Die Minderheit habe den Standpunkt vertreten, man dürfe kein Kabinett stürzen, das die Interessen des Landes gut vertrete.

„Populaire" erklärt, Briand verdanke seinen Sieg ebenso seinen Gegnern wie sich selbst und seinen Freunden. Die Sozialisten hätten ihm ihr Vertrauen geschenkt, weil sie nicht den Männern in die Hände zu arbeiten wünschten, die als Regierungspolitik nach außen eine **Politik der Gewalt und des Krieges** betreiben und in der inneren Politik das **Gesetz über den Achtstundentag aufheben** wollten.

Im „Radical" wird die gestrige Abstimmung so gedeutet, daß das Parlament dadurch nicht hätte seine Weigerung ausdrücken wollen, Frankreich an internationalen Verhandlungen teilnehmen zu lassen, auf denen die Frage der Entwaffnung behandelt werde. Hätte man Frankreich nicht im gegenteiligen Fall imperialistischer Pläne bezichtigt?

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: **Masse Mensch**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Die Wildente**

Staatstheater.
Opernhaus
7½ U.: Ritter Blaubart
Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Räuber

Direkt.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Die Räuber

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Riemann, Tilde, Brandt, Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Eppelt, Klupp)

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**
Erika Gläßner, Richard, Engl, Pröckl, Stieda, Dernburg

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts,
Pepi Zampa, Herb. Kiper

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Glocken von Corneville

Komische Oper
7½, allabendlich 7½,
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

TRIANON-THEATER
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Preise
Die Freundin

RESIDENZ-THEATER
¼8 Uhr: **Der König in Paris**
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Lechen Humbrecht

KLEINES THEATER
¼8 Uhr: **Carola Toelle** in Fr. Josette — meine Frau
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Casanovas Sohn

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Das Glück der kleinen Leute

7½ **Casino-Theater** 7½
Nur noch b. inkl. 3. November
Exzellenz Maxe
Stg. 3½ Uhr: Pantoffelheld

SCALA
Tägl. 8 Uhr: internat. Varieté
Sonntags 3.30 zu halben Preisen d. volle Programm
R. Rompney-Carpentier

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Sonnabend 3½ Uhr
Kinder-Märch.-Vorstellung:
Rotkäppchen
Halbe Preise
Vorverkauf 11-1½ und 4-6

81 Apollotheater 81.
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

METROPOL VARIETÉ
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
Der unübertreffliche
Oktober-Spielplan

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Am Montag Austrag der
an Eisenbwig Breitbart ergangenen
Herausforderung
Borski, Wertheim und Circusk. E.

Feldstecher Operngläser Photoapp. Mikroskope kauft **DWZ**, Oranienstraße 138.

Concordia-Palast
Andreasstraße 64

Freitag bis Montag
Die größte Filmoperette der Welt
Miß Venus
5 Akte / Unter Mitwirkung von 14 Sängern und Sängerinnen
Auf der Bühne persönlich
Ada Svedin / Charles Willy Kaiser
in ihrem **Sketsch**

!! Bettwäsche billig !! Noch ist es Zeit billig einzukaufen. Bettbezüge, Kissen 20.-; Laken, Handtücher 12.-; Dam.-Hemden 26; Beinkleid. 25.-, Teppiche, Gardinen, Tisch- u. Diwandecken, Läuferstoffe, Brücken, Betten, Kleine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe in Wäsche usw. **Leihhaus Moritzpl. 58a**

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Metall ankaufsstelle **Osten,** Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn und Lagermetall, Quecksilber Tagespreise
Zuckermann,
Elsasser Str. 9, vorn 1 Tr.
Norden 4661.

Nervöse
Schlaflosigkeit, Unruhe, Erregung, Herzbeschwerden werden behoben durch Baldrement, Pflanzenprodukt, die natürliche Medizin z. Beruhig. d. Nerven. Fl. 12.— M. Otto Reichel, Bln. 16, SO, Eisenbahnst. 4.

Billig
Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider
STREHLOW
Treskowstr. 21
am Wörtherplatz.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Breitz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfüchse stammend billig von 300 M. an
Skunks-Garn. sehr billig
Pelzfutter für Damen und Herren von 250 M. an
Felle f. Besatz amer. Op. 65, austr. Op. 110, Seal El. 25, biberettiert. 45 M. an
Hamsterfelle für Sportpelze, sehr preiswert.
Pelzwarenhaus A. Klaß & Co.
Rosenthaler Str. 40/41 am Hackeschen Markt

Hilferding, „Das Finanzkapital", broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**
beseitigen 1 Sie in ½ **Stunde** nur mit **Eckolda** (o. Fachm. hergestellt). 100 000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg werd. Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Essen
Zu haben in den Drogerien: **Berlin N:** Amann, Invalidenstr. 33; **Humboldt-Drog.,** Brunnenstr. 99; **H. Knappe,** Reinickendorfer Str. 88; **Kratz,** Reinickendorfer Str. 119; **H. Lange,** Brunnenstr. 157; **E. Lustig,** Schönhauser Allee 86; **Residenzdrogerie,** Exerzierstr. 22; **H. Schweitzer,** Oranienburger Str. 60; **NW: A. Ockert,** Waldenserstr. 18; **Drogenhaus Moabit,** W. A. Born, Alt-Moabit 45, gegenüb. Zinzendorfstr.; **C: E. F. Neumann,** Stralauer Straße 26; **Prager,** Neue Promenade 2 (Nähe Bahnhof Börse); **O: Andreas-Drog.,** Kleine Andreasstr. 12; **Glocken-Drog.,** Petersburger Straße 83, am Baltenplatz; **Hubertus-Drogerie,** Ebertystraße 48; **Pietsch,** Grünberger Straße 7; **S: G. Lehrke,** Kottbuser Damm 81/82; **SO: E. Berger,** Brückenstr. 12; **Central-Drogerie u. Sanitätsbazar. des Südostens,** Dresdener Straße 18; **Drogenhaus A. Guraffa,** Graefestr. 21; **SW: E. W. Weirich,** Blücherstr. 1; **Charlottenburg: Stephan-Drog.,** Wilmersdorfer Straße 135; **Lichtenberg: F. Heinrich,** Frankfurter Allee 257; **Neukölln: Zentral-Drogerie,** Boddinstr. 65; **Pankow: Georg Gergo,** Breite Str. 40; **Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer,** Akazienstr. 4; **Steglitz: Drogerie und Parfümerie Grap,** Albrechtstr. 11; **Tegel: H. Farchmin,** Berliner Straße 93; **Tempelhof: Gebr. Blitner,** Berliner Str. 90

Garderoben
für **Herren** und **Damen** trotz der gewaltigen Preissteigerung infolge großer Lagerbestände noch zu alten, niedrigen Preisen u. auf bequeme
Teilzahlung
Beispiele:
Anzüge M. 675.—, 775.—, 875.—, 975.— u. darüber
Raglans „ 850.—, 950.—, 1050.—, „ „
Damenmäntel . . M. 320.—, 450.—, 650.— „ „
Damenkleider . . „ 350.—, 495.—, 595.— „ „
Außerdem: Große Auswahl in Cutaways, gestreift. Hosen, Schlüpfern, Paletots für Herren, Kostümen, Röcken usw. für **Damen**
Grebler Weinbergsweg 4, 1. Etage am Rosenthaler Platz.

Soeben erschienen!

Von **Adolf Jensen u. Wilh. Lamszus** / Buchschmuck v. **Hugo Sittel**
Halbleinen gebunden, der Titel in Dreifarbendruck
— 12.— Mark —
Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2
Breite Straße 8-9 — Breite Straße 8-9

Sagen hiermit allen Bekannten, Genossinnen und Genossen für die Teilnahme bei der Einäscherung unserer lieben Mutter, sowie der Genossin Fahrenwald für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.
Minna Barenthin und Angehörige.

Gelernte
Geldschrankschlosser
von großer Berliner Geldschrankfabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter **J. M. 8464 an Rud. Mosse, Berlin SW. 19.**

Nur an
Straßenhändler u. Hausierer
liefern wir unsere Schuhcreme „Tellus" konkurrenzlos und billig.
Deutsche Konit-Werke Berlin-Neukölln, Elbestr. 28

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41,** III. Ecke Kochstr.

Säle frei! f. Festlichkeiten u. Versammlg. zu solid. Preisen
Keller-Festsäle, Koppenstr. 29
Inhaber: Gustav Samatzki

Neu! Ist Ihr **Neu!**
Wohnungstausch
? eilig ?
Beantr. Sie sof. 5 oder 10 wöchentl. Vermittlungstätigkeit durch die
Express-Abtlg. d. E-Wo-Ge
C. Alexanderstraße 38. SW. Friedrichstraße 250. W. Potsdamer Str. 56 (am Bahnhof Bülowstraße). Für Verkleinerungsfälle v. 5 Zimmer abw. kostenlos.

Achtung! Händler und Wiederverkäufer!
Billigste
Bezugsquelle
für
Zündwaren, Seifen, Seifenpulver, Faßseife, Kerzen, Blitzblank, Urbin, Guttalin, Lanolin, Nigrin, Steffin, Scheuertücher, alle Sorten Putzwasser
Huth, Brunnenstr. 169 Nähe Invalidenstr.

Billige an Wald und Wasser gelegene
Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von M. 800 an. Günstige Abzahlung. Auskunft: **Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 28.** Teleph.: Norden 716. In **Heiligensee im Bureau** oder bei **Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Heiligensee, Kirschallee.** Teilstrecke der Tegel-Heiligenseer Straßenbahn.

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10–150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider — **Preis 1.80 M.**
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Achtung! — **Achtung!**
Mitglieder der engeren Verwaltung!
Freitag, den 28. Okt., nachm. 4 Uhr, findet eine
Sitzung
der engeren Verwaltung statt.

Sonntag, den 30. Oktober 1921, vorm. 9½ Uhr, im **Rosenthaler Hof,** Rosenthaler Straße 11-12.
Gruppen-Versammlung
der Werkzeugschleifer
Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage.
2. Diskussion. | 3. Gruppenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Damenmäntel
Einzelverkauf zu Engros-Preisen
Eigene Herstellung — Kein Zwischenhandel
Beste Verarbeitung
Wintermäntel solide Stoffe **150–250**
Flauschmäntel reine Wolle **450–600**
Hugo Sommerfeldt
Niederwallstr. 22, Hof part. rechts

Botenfrauen sofort gesucht
Spedition Wengelo
O., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigaer Straße
Spedition Fritz Gliesche
Pankstr. 60
Spedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32
Spedition Greulich
Marienfelde, Kirchstr. 27

URAUFFÜHRUNG
Heute, den 28. Oktober 1921. abends 8 Uhr
Unterwelt des Seelenlebens
Filmfolge:
Menschliche Hypnose im Experiment / Tierische Hypnose im Experiment / Abnorme Seelenzustände
1. Teil: Mimik bei typischen Affektlagen Geisteskranker
2. Teil: Gang und Mimik eines Schizophrenen
3. Teil: Ein Fall von Feminismus mit transvestitischen Neigungen
Philharmonie, Oberl.-Saal — Schubert-Saal, Bülowstr. — Neue Welt, Hasenheide
Vortrag: Dr. Paneth — Dr. N. Kauffmann — Dr. K. Ollendorff
Karten: Vorverkauf bei Wertheim, Theaterkasse, Bote & Bock, Musikalienhandlung, E. Bading, Neukölln, Bergstrasse 43 und an der Abendkasse

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"
zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: ____________
Ort: ____________ Straße: ____________ Nr. ____
(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Seitfl., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Der kleine Samariter
dient zur
Selbsthilfe
bei leichteren Krankheiten und gibt
Verhaltungsmaßregeln
bis zum Erscheinen des Arztes bei schweren Krankheiten.
Mit Anhang
Anleitung zur Errichtung einer **Hausapotheke**
Preis 1.50 Mark
Zu beziehen durch **Buchhandlg. „Freiheit"** Berlin C 2, Breite Str. 8-9 sowie durch alle Speditionen der „Freiheit"

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Decken Sie Ihren Bedarf jetzt
Im Roten Schuhkeller
und Sie brauchen später keine Phantasiepreise zu zahlen. Unsere alten Vorräte sind weder erschöpft, noch zeitgemäß erhöht, daher noch wirklich billig! Es ist dies jedoch das letzte derartige Angebot, da hier aufgeführte Ware nun im Einkauf schon bedeutend mehr kostet. — Darum greifen Sie zu!

Braune Rindlederstiefel	für Herren, allerbeste Qualität, M.	175
Braune Rindlederstiefel	für Jünglinge, 36/39 .... M.	125
Restposten in Kinderstiefel	braun u. schwrz. Rindleder, 27/30, M. 60 und	50
Restposten in Kinderstiefel	besonders kräftig 31/35 .... M. 90	75
Schwarze Stoffspangenschuhe	hoher Absatz, schöne Form, 36/39 .... M.	29
Damenhochschaftstiefel	Rindbox, extra kräftig 36/42 .... M.	135
Damenhochschaftstiefel	in Chevreau, m. Lackkappe, 36/42 ..... M.	145
Damen-Schnürschuhe	Pa. Qualitäten, m. u. ohne Lackk., 36/42, M. 125, 110	90
Pa. Schnürschuhe u. -Stiefel	für ält. Frauen, m. flach. Absatz 36/43 .... M. 125	110

Warme Schnallenschuhe mit Ledersohle für Kinder in verschiedenen Ausführungen von Mk. 19.00 an
Hausschuhe für Kinder Militärtuch mit Ledersohle .... von Mk. 10.00 an
Frauen-Spangen-Hausschuhe Segeltuch, mit Ledersohle, sehr haltbar .... Mk. 21.50

Straßenbahn: 2, 3, 5, 10, 11, 12, 15, 45, 47, 49, 82, 90, 91, 98, R, P.

Roter Schuhkeller SO 26, nur **Naunynstraße 62,** nahe **Kottbuser Tor** an der Adalbertstr.

Genossenschaftliche Haushaltsführung

Einküchenwirtschaft

Von
Robert Adolph.

Der Gedanke der Einküchenwirtschaft faßt aufs neue Boden; in mehreren grundlegenden Schriften propagiert, seit längerer Zeit von einer Vereinigung seiner Anhänger vertreten und neuerdings durch eine Genossenschaft der Verwirklichung bei Berlin nahegerückt, nimmt er das allgemeine Interesse wachsend in Anspruch. Dieser Erfolg zäher und zielbewußter Aufklärungsarbeit ist erreicht worden trotz der unerfreulichen Vergangenheit, die der Einküchensache nachgesagt wird. Ist doch der Zusammenbruch der Berliner Einküchenhausunternehmung vor einem reichlichen Jahrzehnt unvergessen. Freilich sind die Gründe jenes Mißerfolges wenig bekannt geworden, und deshalb konnte er zu Unrecht der Sache zur Last gelegt werden. In Wahrheit sind damals die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen des Gedankens — trotz allzu lauten Phrasengeklingels — völlig mißachtet worden; seine Unternehmer witterten in ihm allein die doppelte Gewinnchance, die ihnen in der vermeintlichen Vereinigung von Haus- und Gastwirtsgewerbe gegeben schien. Lediglich die Belastung, die ihr früh bekundeter Bereicherungswille der Sache auferlegte, führte zum Zusammenbruch des Unternehmens.

Anläßlich der neuerwachten Bewegung ist es wichtig, diese Schwächen des damaligen Beginnens scharf zu erkennen und sich der veränderten Bedeutung bewußt zu werden, die der Einküchenwirtschaft heute für große von der Not der Zeit bedrängte Kreise eigen ist. In der Tat ist sie über das einstige Niveau eines beachtenswerten Experiments hinausgewachsen zu einer Aufgabe von sozialem und volkswirtschaftlichem Ausmaß. Nicht darin, daß sie die beruflich tätige Frau und kinderreiche Mutter von Ueberbürdung durch die heute besonders anspruchsvolle Hausarbeit befreit, liegt ihre gegenwärtige Bedeutung, sondern darin, daß sie das ökonomische Prinzip, das in der wirtschaftlichen Neugestaltung um Anerkennung ringt, auf den Familienhaushalt überträgt. Die ethischen Ansprüche, die aus dieser Einflußnahme auf die Familiensphäre an die Einküchenwirtschaft erwachsen und auf die Wahrung der häuslichen Separation gerichtet sind, können von einer ihrer Verantwortung bewußten Gemeinschaft ohne Schwierigkeit erfüllt werden, namentlich dann, wenn die genossenschaftliche Verwaltung der Einzelanlage zum Grundsatz erhoben und innerhalb dieser der Abschließungswille der Familien weitgehend respektiert wird. Die genossenschaftliche Einküchengemeinde stellt sich dar als die Zusammenlegung des Arbeitsapparats vieler Haushaltungen, und sie verspricht als solche die Entwicklung von der unsparsamen, weil zu eng bemessenen Einzelwirtschaft zur sparsameren Verbrauchsgemeinschaft.

In dieser Eignung des Einküchengedankens zur sparsamen Gestaltung der Verbrauchswirtschaft liegt zweifellos seine eminente Wertbarkeit für die Gegenwart. Rationalisierung des Konsums ist eine noch kaum erkannte Voraussetzung für Besserung der wirtschaftlichen Lage weiter Volkskreise, die in der treibenden Entwicklung der Preisverhältnisse trotz ihrer wachsenden Einnahmen mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Nur durch das Mittel einer gleichzeitigen Senkung der Kosten des Lebensunterhalts kann die wirtschaftliche Lage der schwer betroffenen Volkskreise wirksam gebessert werden. Es ist nur ein Selbstbetrug, wenn diese Senkung der Unterhaltskosten durch Geldzuschüsse zur Verbilligung des notwendigen Bedarfs erstrebt wird, wie es z. B. bei den Lebensmitteln geschah. Denn dieses Verfahren bringt für die Allgemeinheit eine Auflast, die zugleich mit der notwendig folgenden Verschlechterung der Wirtschaftslage dahin wirkt, die Kreise der Bedürftigen zu erweitern. Die Aufgabe, die Unterhaltskosten dieser Schichten zu senken, ist wirksam nur durch die Oekonomisierung ihres Verbrauchs zu lösen.

In die Anarchie des Verbrauchs vermag die Rationalisierung in der organisierten Form der Einküchenwirtschaft wirksam Bresche zu legen. Wird doch der allgemeine Verbrauch im größten Ausmaß durch die Hauswirtschaft bewirkt, was der Umstand beweist, daß schon in früheren Zeiten der notwendige Bedarf an Kleidung, Wohnung und Ernährung vier Fünftel, der letzte allein nahezu die Hälfte der Gesamtausgaben einer Durchschnittsfamilie verschlang. Da aber diese Gesamtausgaben auch Abgaben, Beiträge und Schulgelder enthielten, also Lasten, die nicht dem Verzehr dienten, ist dieser Anteil des Haushaltsaufwands am allgemeinen Verbrauch noch höher anzusetzen. Wenn durch Einküchenwirtschaft auf dem doch wichtigsten und umfangreichsten Gebiet der Konsumtion Ersparnisse und höhere Wirtschaftlichkeit erreichbar sind, kann ihre Bedeutung nicht hoch genug gewertet werden. In welchem Maße aber die Hauswirtschaft gerade der Oekonomisierung zugänglich ist, zeigt schon ein flüchtiger Blick auf den bestehenden Zustand: Millionen kleinster Einzelwirtschaften verbrauchen hier, jede mit einem Ueberaufwand an Material und Arbeitsleistung, jede in der verlustreichsten Form des Mindestverzehrs. Ihr im einzelnen unwesentlich scheinender Verbrauch summiert sich zur Riesenziffer, zum Hauptanteil an der gesamten nationalen Erzeugung. Nicht minder aber multiplizieren sich die Verluste, die diese Zellenwirtschaften im einzelnen verursachen, zu einer ausgesprochenen Verschwendung, die doch zur Not der Massen, die ihr unterliegen, in unbestreitbarem Widerspruch steht.

*

Der Verein für gemeinnützige Einküchenwirtschaft veranstaltete gestern abend gemeinsam mit der Deutschen Gartenstadtgesellschaft und dem Verein für Wohnungsreform eine öffentliche Versammlung, in der Minna Cauer, Marie Juchacz und Robert Adolph das Thema des Einküchenwesens von allen Seiten beleuchteten. Leider muß gesagt werden, daß, wenigstens unter den gegenwärtigen Verhältnissen, der Einküchenbetrieb, trotz aller theoretischen Vorzüge, die er zweifellos hat, in der Praxis teurer arbeitet als der Einzelhaushalt. Ehe nicht eine fühlbare Entspannung der gegenwärtigen Preis- und Wirtschaftskrise eintritt, wird es sich die minderbemittelte Bevölkerung daher versagen müssen, sich an den gleichwohl höchst beachtenswerten Bestrebungen der Einküchengenossenschaft zu beteiligen.

Funktionärkonferenz

Am Montag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr findet in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, eine Konferenz der Parteifunktionäre, U. S. P. D.-Gewerkschaftsfunktionäre und politischen Vertrauensleute statt.

Tagesordnung: „Die politische Lage.“
Referent: Genosse Arthur Crispien.

Als Ausweis gelten die lila und roten Funktionärkarten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Gegen Kartoffelwucher und Umsatzsteuer

Generalversammlung der Berliner Konsumgenossenschaft

Im überfüllten Saal der „Neuen Welt“ fand am Mittwoch die Generalversammlung der Berliner Konsumgenossenschaft statt.

Der Geschäftsführer Mirus ergänzte und erläuterte den gedruckt vorliegenden und von uns bereits besprochenen Jahresbericht. Eingehend erörterte er die Folgen der Freigabe der verschiedenen bisher zwangsbewirtschafteten Lebensmittel und die Bestrebungen der Produzenten, die Lebensmittelpreise den Weltmarktspreisen anzupassen. Er besprach des ferneren die verteuernden Wirkungen der Umsatzsteuer und brandmarkte schärfstens die schändlichen Preistreibereien auf dem Kartoffelmarkt.

Den Bericht des Aufsichtsrats gab Genosse Lange. Er teilte mit, daß die Aufsichtsratssitzungen regelmäßig in Gemeinschaft mit den Vertretern des Betriebsrats und den Vertretern des Genossenschaftsrats stattgefunden hätten. Die Geschäftsführung des Vorstandes und die Buchführung der Genossenschaft seien in Ordnung. Nach einer kurzen, zum Teil etwas erregten Diskussion und einem Schlußwort des Geschäftsführers Mirus beschloß gegen wenige Stimmen die Generalversammlung die beiden nachfolgenden Entschließungen:

„Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es augenblicklich unmöglich ist, Kartoffeln zu einem für die arbeitende Bevölkerung auch nur einigermaßen erschwinglichen Preise zu beschaffen, steht andererseits fest, daß genügend Kartoffeln vorhanden sind, die von den Erzeugern aus gewinnsüchtigen Gründen nur zurückgehalten werden, um die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben. Die am 26. Oktober 1921 im Lokal „Neue Welt“ tagende Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, die als eine der größten deutschen Verbraucherorganisationen weit über 500 000 Köpfe mit Nahrungsmitteln versorgt, fordert ganz entschieden, daß die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich geeignete Maßnahmen ergreifen, die es ermöglichen, die arbeitende Bevölkerung mit Kartoffeln, als dem unentbehrlichsten Nahrungsmittel, in ausreichendem Maße und zu den niedrigsten Preisen zu versorgen.

Die versammelten Verbraucher verurteilen auf das schärfste die wucherische Ausbeutung der schwerschaffenden städtischen Bevölkerung durch diejenigen Landwirte, die nur aus niedrigen, gewinnsüchtigen Motiven die ungeheure Not des Volkes noch künstlich steigern helfen, und verlangen von der Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung geordneter Zustände rücksichtsloses Durchgreifen auf Grund des Wuchergesetzes in Verbindung mit Beschlagnahme der vorhandenen Vorräte nach einem Umlageverfahren.“

Die zweite Entschließung, die die Billigung der Generalversammlung fand, hat folgenden Wortlaut:

„Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat beschlossen, dem Reichswirtschaftsrat und Reichstage vorzuschlagen, die Umsatzsteuer von bisher 1½ Proz. auf 2½ Proz. zu erhöhen. Die am 26. Oktober 1921 im Lokal „Neue Welt“ tagende Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, die in Groß-Berlin weit über 500 000 Menschen mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln versorgt, erhebt gegen die neue unerhörte Belastung der verbrauchenden Bevölkerung den schärfsten Protest, weil durch diese ungerechteste aller Steuerarten, dem Aermsten der Armen die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft allernotwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgüter weit über die Grenze der Leistungsfähigkeit belastet werden, während andererseits aber feststeht, daß die Regierung die zahlungsfähigen besitzenden Bevölkerungskreise in unerhörter Weise schont. Nach dem Urteil der Regierungssachverständigen steht ferner fest, daß diejenigen Unternehmungen, die ordnungsmäßige Bücher führen, und zu diesen gehören in erster Linie die Konsum-Genossenschaften, als Verbraucherorganisationen restlos erfaßt werden, während die Tausende von Kleinhändlern nicht so herangezogen werden können, also sich noch Ertragewinne machen können, wodurch die derzeitige klassenstehende Moral in geschäftlichen Dingen keineswegs gehoben wird.

Die Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend fordert die vollständige Beseitigung der Umsatzsteuer und als Ersatz dafür die nachdrücklichste steuerliche Erfassung der besitzenden Bevölkerungsschichten.“

Gegen wenige Stimmen wurde der Jahresbericht genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Versammlung gab des ferneren der Bilanz ihre Genehmigung. Dem Willen der Versammlung gemäß beträgt die Rückvergütung 1½ Prozent. Von der Erübrigung von 24 458 Mark werden beschlußgemäß 20 000 Mark dem Reservefonds, der Rest dem Spezialreservefonds überwiesen.

Zur Wahl der turnusmäßig ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder lagen zwei Vorschläge vor. Bei der Wahl selbst erhielt die **vom Genossenschaftsrat vorgeschlagene gemeinsame Liste der U. S. P. D. und S. P. D. 2317 Stimmen.** Auf die **Liste der Kommunisten** entfielen **1300 Stimmen.** Die Liste des Genossenschaftsrates ist somit gewählt.

Ein Antrag, aus der Kasse der Konsum-Genossenschaft den Hungernden Rußlands 20 000 Mark zuzuführen, wurde dem Vorstand überwiesen.

Vorsicht! In letzter Zeit haben wiederholt unberechtigte Personen Zutritt zu den Wohnungen von Fernsprechteilnehmern gesucht und gefunden, die vorgaben, vom Fernsprechamt oder einer

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.
Copyright 1921 by Greiflein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(2. Fortsetzung.)

3.
Der angenehme Weg zum Ruhm.

Réal ging in sein Arbeitszimmer.

Nachdem er den Stoß unbeantworteter Briefe etwas verringert hatte, schrieb er rasch und ohne Streichungen den Wochenartikel, den er einem großen amerikanischen Blatte zu schicken pflegte. Es waren Eindrücke aus dem Pariser Leben. Er sprach von den Modeoperetten und zog aus deren Erfolgen Schlüsse auf die Lebensphilosophie. Er arbeitete ohne Schwierigkeit und ohne Anstrengung und freute sich über seine große regelmäßige Schrift, über die wohlgebildeten Buchstaben, die gleich einem vorüberziehenden Heere die Seiten füllten. Dann antwortete er in einigen gewandten Sätzen auf eine Rundfrage der Presse, wobei er ernstlich bedacht war, sich nicht mit einem Witz aus der Schlinge zu ziehen; denn dieser berühmte Autor leichter Werke war ein nachdenklicher Geist.

Gegen vier Uhr machte er seinen Spaziergang. Die General-Foy-Straße, wo er wohnte, lag beinahe leer und lockte zum Schlendern. Er kreuzte sie vor St. Augustin. Die gelbe Kuppel hob sich vom perlmutterfarbigen Himmel in der Blässe eines zu Ende gehenden Wintertages ab. Die oberen Zweige der Bäume, lila und mauvefarbig, waren noch von ein wenig Sonne gefärbt. Er wanderte den Boulevard Malesherbes, der von den kostbarsten Verkaufsläden umsäumt wird, entlang. Seine Sohlen klappten auf dem Makadam. Ihn befiel etwas wie ein grenzenloses Lustgefühl, das gleicherweise aus körperlichen und seelischen Vorgängen stammte. „Unser Glück,“ sagte er sich bisweilen, „wäre gesichert, wenn wir es uns angelegen sein ließen, das körperliche Behagen, das uns ins Unbewußte verloren geht, ins Bewußtsein zu übertragen. Da wir so sehr leiden, wenn uns ein Arm fehlt oder wir Kopfschmerz verspüren, weshalb freuen wir uns nicht an der Vorstellung, daß wir zwei gesunde Arme haben oder daß unser Kopf schmerzfrei ist?“

Und mit Genugtuung stellte er das Spiel seiner Muskeln und die Arbeit seiner Lungen fest.

Die Notwendigkeit, den Gruß eines Vorübergehenden zu erwidern, störte ihn oft. Sein Bild war kürzlich im Feuilleton einer Zeitung von großer Auflage erschienen. Seither zogen Unbekannte vor ihm den Hut, um die Ehre einer so schmeichelhaften Bekanntschaft zu genießen.

Er blieb vor dem Schaufenster einer Buchhandlung stehen. Sein letztes Buch war recht günstig ausgestellt; da mehrere Exemplare übereinander lagen, ragte sein Werk schon durch den Umfang aus der flachen Menge der anderen Bücher heraus. Er las auf dem Streifbande: Siebenunddreißigstes Tausend, und freute sich.

Durch die überfüllten Straßen, wo die elektrischen Lampen im rosigen Nebel der Dämmerung schimmerten, erreichte er das Gebäude der Zeitung „Boulevard“.

Der Bote, der im Vorzimmer der Redaktion Dienst hatte, erhob sich höflich.

„Ich habe heute viel Einlauf für Herrn Réal . . .“

Réal nahm das Päckchen Briefe und fragte:

„Ist der Chef da?“

Dann trat er in das Zimmer des Direktors.

Er gehörte zu den wenigen Vertrauten, die nicht angemeldet wurden.

Martin, der Direktor des „Boulevard“, drückte ihm feurig die Hand. Er war ein fetter Mann mit einem kleinen Kinnbärtchen, seine Augen lächelten so zärtlich, als wären sie immer bereit, sich mit Tränen zu füllen. Aber sein Inneres neigte wenig zu Ergüssen, er blieb stets scheu und versorgt.

„Nur noch diesen Brief unterschreiben. Sie erlauben doch, verehrter Freund?“

„Ich bitte Sie!“ versetzte Réal.

Er benützte die Pause, um mit dem Zeigefinger die Briefumschläge zu öffnen, die ihm der Bote überreicht hatte. Eine Einladung zum Diner in eins jener einflußreichen Häuser, wo die Wahlen zur Akademie vorbereitet werden; eine Aufforderung zur Mitarbeit an einem neugegründeten Magazin; herrlich geschriebene Lobeserhebungen einer Provinzdame: „Teurer Meister, gestatten Sie einer unbekannten Verehrerin . .“; die Bitte, beim Bankett des „Tintenfaß“ den Vorsitz zu führen, einer Gruppe von Schriftstellern, „die überaus geehrt sein wird, in ihrer Versammlung einen Kollegen begrüßen zu dürfen, der . . .“

„Sie öden mich an,“ brummte Réal geschmeichelt.

Die Tür öffnete sich. Ein untersetzter schnurrbärtiger junger Mann, geschmückt mit einer Mähne, die von einem beständigen Gewittersturm nach rückwärts verweht schien, trat mit Papieren in der Hand ein. Es war einer von den Berichterstattern für alles.

„Ach, Meister!“ rief er, Réal an der Westenklappe fassend, „da ich Sie gerade erwische, müssen Sie mir ein Interview gewähren. Nicht wahr? Wir werden eine Artikelreihe bringen: „Der literarische Horizont“. Was haben Sie im Augenblick vor?“

Réal zählte seine Pläne auf: ein Stück fürs Théâtre français „Der Tanz vor der Bundeslade“, eine Art Zeitsatire; ein Ballett für die Komische Oper, „Die Zigeunerin“, eine venezianische Phantasie, in Kostümen und Masken, mit Laternen, die sich in den Kanälen spiegeln, mit prächtigen verfallenen Palazzi, mit Schäfchen am Rosabande und Eisenfressern. Dann arbeite er noch an einem Roman: „Luciennes Glück“, bestimmt für die „Révue de Paris“, und an einem anderen Roman für die „Révue des deux Mondes“: „Die feurige Krone“, in dem er das Familienleben eines Herrschers bringen wollte.

Ein anderer Redakteur war eingetreten, um Martin Korrekturen vorzulegen. Er verbeugte sich respektvoll vor Réal und meldete dann dem Direktor:

„Wie der „Temps“ berichtet, hat das Stündlein des armen alten Thomassin geschlagen. Ich habe den Nekrolog vorbereitet, wir werden ein sehr hübsches, noch unveröffentlichtes Bild bringen.“

„Armer Thomassin,“ meinte Réal voll Mitleid.

Martin sah auf.

„Hören Sie mal, mein Verehrter, da wird ja ein Sitz in der Akademie frei . . .“

„Was geht mich das an?“ versetzte Réal, den Unbefangenen spielend.

Martin lachte.

„Seien Sie aufrichtig.“

„Nun wohl,“ gab Réal zu, „wenn Sie es durchaus wissen wollen, ich habe schon daran gedacht. Ja, es war schon die Rede davon. Aber ich zögere noch, mich zu bewerben. Eine Schlappe ist so unangenehm.“

„Eine Schlappe? Gehen Sie doch. Sie werden Ihren Sitz erhalten, seien Sie sicher.“

(Fortsetzung folgt.)

anderen Dienststelle der Reichspostverwaltung mit der Durchprüfung der Sprechstelle beauftragt zu sein. Solche Personen benutzen dann einen unbewachten Augenblick, um Eigentum des Wohnungsinhabers zu entwenden. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß alle Beamten und Arbeiter der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, die mit Sprechstellenarbeiten betraut werden, einen amtlichen persönlichen Ausweis bei sich führen, auf dessen Vorzeigung die Fernsprechteilnehmer in jedem Falle bestehen sollten, bevor sie den Zutritt zu ihrer Wohnung gestatten.

Der erste Klante-Termin

50 Millionen Mark Schulden

Die erste Gläubigerversammlung im Konkurs des verkrachten Wettkonzerngründers Klante hat heute im großen Schwurgerichtssaal in Moabit unter großem Andrang begonnen.

Klante war bekanntlich früher Reisephotograph und Zeitungsausträger, zahlte noch im Jahre 1919 einen Steuerbetrag von 20 Mark, wurde aber schon in den Jahren 1920 und 1921 zu je einer halben Million Einkommensteuer veranlagt. Er glaubte, mit seinem berüchtigten Staffelwettsystem Millionen zu verdienen. Durch Teilerfolge ermutigt, zog er durch marktschreierische Reklame größte Geldsummen an sich. Bald jedoch verlor er schon den Halt. Er verwandte die Gelder nicht mehr zu dem Zweck, zu dem sie die Einzahler hergaben. Die Buchführung der M. Klante u. Co. G. m. b. H. ist über spärliche Ansätze nicht hinausgekommen. Bilanzen sind nicht gezogen, Monatsabschlüsse nicht aufgestellt worden. Das Gutachten der beeidigten Bücherrevisoren ist geradezu vernichtend. Mindestens trat die Zahlungsunfähigkeit Ausgang Mai ein, da von diesem Zeitpunkte ab die Firma M. Klante u. Co. zugestandenermaßen die Dividenden nicht mehr ausschließlich aus Gewinnen zahlte, sondern dazu die neuen Einlagen heranzog. Klante setzte dann vorübergehend die Dividenden auf 50 Prozent herab, mußte aber sehen, daß die Einzahler ihr Geld abhoben, um es zu einem neuen Unternehmen zu tragen, das 100 Prozent versprach. Klante erhöhte daraufhin die Dividenden wieder auf 100 Prozent, ohne sich auf materielle Erfolge zu stützen, ohne Rücksicht auf tatsächlich vorhandenen Gewinn, ohne Rücksicht auf die Geschäftslage.

In seinen bisher ergriffenen Maßnahmen ist der Verwalter rücksichtslos vorgegangen. Beschlagnahmt wurde, was nur irgend erreichbar war. Es bestehen an Barwerten 21 300 000 Mark, an Sachwerten 700 000 Mark, zusammen also 22 Millionen Mark. Sonstige Werte sind vorläufig noch außer Ansatz.

Von dieser Summe gehen vielleicht 5 Millionen für voll zu berichtigende Forderungen ab, so daß etwa 17 Millionen für die nichtbevorrechtigten Forderungen verbleiben. Der Verwalter hofft, den Konkurs in 1½ Jahren durchzuführen und etwa im Mai/Juni nächsten Jahres eine Abschlagszahlung vornehmen zu können. Er denke nicht daran, die Forderungen zu bestreiten; alle Forderungen, die bar an K. oder an die G. m. b. H. gezahlt wurden und soweit sie nicht durch die Dividendenrückzahlungen getilgt sind, werden anerkannt. Günstig für die Gläubigerschaft sei, daß ein großer Teil der Gläubiger mit hohen Titeln nach Eröffnung des Konkurses auf alle Rechte aus ihren Einlagen verzichteten; sie wünschten ihre Namen nicht in den Gerichtsakten. Dadurch vermindern sich die Forderungen nicht unbeträchtlich. Ein weiterer großer Teil der Gläubiger hat Einzahlungen unter falschem Namen gemacht — aus steuerlichen Gründen; sie sind bei der Ausschüttung der Konkursdividende nicht zu berücksichtigen. Unter Berücksichtigung dieser Momente dürften sich die Forderungen auf etwa 50 Millionen Mark herabdrücken, so daß eine Dividende von 33⅓ Prozent zur Verteilung kommen dürfte.

Um „Freundschaft und Freiheit"

Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I wurde am gestrigen Donnerstag die Beleidigungsklage des Regierungsrats Professor Brunner gegen den aus seinem Prozeß gegen den Fürsten Bülow bekannten Schriftsteller Adolf Brandt verhandelt. Brandt ist Herausgeber einer Bildersammlung „Deutsche Rasse" sowie der Zeitschrift „Freundschaft und Freiheit", die sich bekanntlich für die Abschaffung des § 175 des Strafgesetzbuches einsetzt und von Professor Brunner für den Verkauf im Straßenhandel verboten ist. Als auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Sammelmappe „Deutsche Rasse" sowie zwei Nummern der „Freundschaft und Freiheit" konfisziert worden waren, veröffentlichte Brandt in seinem Blatte zwei Artikel, in denen er Professor Brunner beschuldigte, daß er diese Beschlagnahme veranlaßt und sich damit der Rechtsbeugung schuldig gemacht hätte, weil durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts II vom Jahre 1916 die Bildermappe als nicht unzüchtig bezeichnet worden sei. Ferner behauptete Brandt, daß Professor Brunner geisteskrank sein müsse und wohl in ein Sanatorium, nicht aber in das Berliner Polizeipräsidium gehöre. Wegen dieser Artikel hatten sowohl der Minister für Volkswohlfahrt wie Professor Brunner Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der gestrigen Verhandlung wurde Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld als Sachverständiger über den Kampf gegen die Homosexuellen-Literatur vernommen. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Oellrich, beantragte gegen Brandt eine Geldstrafe von 1500 Mark. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Walter Bahn, plädierte auf eine geringere Strafe und nahm für seinen Mandanten den Schutz des § 193 in Anspruch, weil Brandt seine wirtschaftlichen Interessen vertreten und die Freiheit der Presse verteidigt habe. Rechtsanwalt Bahn wies weiter darauf hin, daß Brandt nicht der einzige sei, der sich gegen Professor Brunner gewandt habe. So habe der Göthebund eine Protestversammlung gegen Brunner veranstaltet und Wolfgang Heine in mehreren Artikeln gegen ihn Stellung genommen.

Das Gericht erkannte gegen Brandt unter Zubilligung des Schutzes des § 193 auf eine Geldstrafe von 1500 M.

Arbeiter-Bildungsschule USP.

Heute abend 7 Uhr findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, der zweite Vortrag des Kursus des Genossen Prager über das Thema „Staatswirtschaft der Gegenwart" statt. Die Hauptgedanken des ersten Vortrages werden wiederholt, so daß noch neue Hörer hinzutreten können.

Jugendbühne Neukölln. Die Wiederholung der Eröffnungsvorstellung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im städtischen Lichtspielhaus, Bergstr. 147, statt. Zutritt haben Schüler und Schülerinnen sämtlicher Schulen. Der Eintrittspreis beträgt für Schüler 50 Pfg., für Erwachsene 1 M. Karten im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 278 und an der Kasse. Jeden Mittwoch neues Programm.

Pazifismus und Kunst. Ueber dieses Thema spricht heute abend 7 Uhr Dr. Max Deri im Rahmen der Freitagssitzungen der Deutschen Friedensgesellschaft im Bürgersaal des Berliner Rathauses. Die Sitzungen sind jedermann zugänglich.

Gewerkschaftliches

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe

Uns wird geschrieben:

Daß bei einem Streik auch der Humor nicht fehlen darf, beweist folgende „Unternehmerfreiheit". Bei einem Rundgang zweier Streikpostenkontrolleure wurde festgestellt, daß vor der „Schöneberger Schloßbrauerei, vormals Hartmanns Brauerei, Reinickendorf, Scharnweberstraße, keine Streikposten mehr stehen. Nach Erkundigung bei dem dort tagenden Arbeiterverein sollte der Inhaber einige Zeit vorher die Forderungen der Angestellten bewilligt haben. Da den Kontrolleuren dies unwahrscheinlich erschien, erkundigten sie sich sofort telephonisch bei ihrer zuständigen Stelle, wo sie erfuhren, daß die Streikposten durch ein Mißverständnis ihren Dienst verlassen hatten. Nach Rücksprache mit dem Inhaber des Lokals erklärte dieser, daß er seinen beiden Kellnern, den Streikbrechern, bewilligt habe. (Was?) Einen Revers mit der vorläufigen Vereinbarung der Angestelltenorganisation habe er nicht unterschrieben und weigere sich auch, dies zu tun. Diese Irreführung der dort tagenden Arbeiterschaft gegenüber wurde gerade nicht sympathisch aufgenommen. Bald darauf sah man wieder die bekannten Plakate: „In diesem Betrieb streiken sämtliche Angestellte! Achtung! Hier sind Streikbrecher tätig!"

Verschiedene Gastwirtsbetriebe wie „Traube", Pschorr-Bräu, Tauentzienstraße, Schultheiß, Jannowitzbrücke, Linden-Restaurant, Café Schön usw. sind dazu übergegangen, ihre Fenster mit Brettern zu vernageln. Dies soll jedenfalls bei dem großen Publikum den Anschein erwecken, als wenn die Fensterscheiben von Streikenden eingeschlagen worden sind. In Wirklichkeit haben fast alle diese Lokale das Tageslicht zu scheuen, da hier meistens Streikbrecher ihr dunkles Gewerbe ausüben. Nun erst wird es verständlich, daß den Unternehmern jeder Weitblick fehlt, denn wollen sie einmal die **Wirklichkeit** sehen, dann haben sie ein Brett vor dem Kopf.

Heldentaten der Schupo

In der Morgennummer vom Donnerstag brachten wir erst einige Tatsachen zur Kenntnis, die die „Tüchtigkeit" der Schupo beleuchteten. Es vergeht kein Tag, an welchem nicht Klagen von mißbräuchlicher Verwendung der Schupo und Provokationen an uns gelangen. Während der „Lokalanzeiger" in seiner bekannten Manier im Abendblatt vom Mittwoch über die Vorgänge am Potsdamer Platz wahre Indianergeschichten dichtete, ging folgendes vor sich:

Am Mittwoch, mittags 12½ Uhr, erscheinen vor der infolge Streiks geschlossenen „Bellevue-Konditorei" am Potsdamer Platz sechs Schupobeamte, die sich in das Innere des Lokals begeben. Eine halbe Stunde später erscheint Generaldirektor Lippschütz von der Hotelbetriebs-A.-G. in Begleitung von zwei Rummelboxkämpfern und einer Anzahl Streikbrecher. Sofort stürzen die sechs Schupoleute aus dem Lokal, **bilden Spalier** und der Schupomann Lange, K. I/1, empfängt die Gesellschaft mit den Worten: „Bitte, kommen Sie herein!" Selbstverständlich geraten infolge dieser abgekarteten Vorstellung nicht nur die Streikposten, sondern auch die Passanten des Potsdamer Platzes in eine gewisse Bewegung und Aufregung. Das gibt der Schupo Veranlassung, **die vier Streikposten in das Lokal zu schleppen.** Einer der letzteren fällt hierbei in Krämpfe. Der im Lokal verbliebene Schupo **verliert den Kopf und greift zur Signalpfeife!** Einer der draußen stehenden Beamten **stürzt mit gezogenem Säbel ins Lokal zurück und wird nur mit Mühe davon abgehalten, auf den sich in Krämpfen am Boden Windenden einzuhauen.** Draußen aber steht ein Kinomann und kurbelt den „interessanten Vorfall". Daß er so schnell zur Stelle war, verrät eine mehr als geschickte Regie der Hotelbetriebs-A.-G., verrät aber auch, daß es sich bei dieser „Eröffnung" des Cafés um eine **absichtliche Provokation** handelt, welche die Herren Unternehmer in demselben Augenblick für nötig hielten, als Einigungsverhandlungen beim Demobilmachungskommissar beginnen sollten.

Diesen grün uniformierten und bewaffneten Kindergarten, dessen eines Mitglied sich mit gezücktem Säbel auf einen in Krämpfen sich Windenden stürzen will, nennt man Schutzpolizei. Die soll uns jemand nachmachen.

Hilfsaktion für Rußland und Georgien

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat eine großzügige Hilfsaktion für die Hungerleidenden in Rußland und Georgien in Angriff genommen. In allen Ländern ist diese Aktion bereits organisiert. In einer Reihe von Fachblättern der Transportarbeiter sind bereits Aufrufe für Rußland erschienen. Wir hoffen und erwarten, daß jeder Transportarbeiter seine Pflicht tun und seinen Beitrag zur Unterstützung dieser Hilfsaktion leisten wird.

Der Generalrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation bewilligte in seiner Sitzung vom 3. bis 5. Oktober 2000 Gulden für den Fonds des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Den letzten Berichten zufolge verfügt der Internationale Gewerkschaftsbund bisher über einen Betrag von 20 Millionen Mark.

Der Streik im chemischen Großhandel beendigt

Nach zehntägiger Dauer ist der Streik im chemischen Großhandel unter der Bedingung beendigt, daß die Arbeit am Freitag, den 28. Oktober 1921, aufgenommen wird.

Die Lohnsätze des neuen Abkommens sind ab Montag, den 31. 10. 1921, im Bureau des Transportarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Engelufer 24-25, Zimmer 33, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches abzuholen. Die Branchenleitung.

Boykott der Artikel der Firma Peter, Cailler und Kohler

Die Internationale Föderation der Arbeiter der Lebens- und Genußmittelindustrie verhängte auf Ansuchen der schweizerischen Organisation über die Artikel der oben erwähnten Firma den Boykott, und zwar deshalb, weil sie ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert und die Vertrauensleute der Organisation entläßt. Der Boykott wurde vom schweizerischen Gewerkschaftsbund und J. G. B. gutgeheißen.

Mitgliederzahl des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Laut Mitteilungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) betrug die Anzahl seiner Mitglieder am 1. Juli 1921 23 907 059. Die Mitglieder verteilen sich auf 21 Länder.

Betriebsräte!

Versammlungen der Untergruppen. Untergruppe 1: Möbelfabrikation, Polierer, Drechsler, Bildhauer, Tapezierer, Beutlischler, Einsetzer, Bodenleger, Jalousiebranche, Säge- und Schneidemühlen am Freitag, den 28. Oktober, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5. Tagesordnung: 1. Wahl der Untergruppenleitung. 2. Verschiedenes.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarierjugend Zentrum. Die Jugendgenossen treffen sich Sonntag, 9 Uhr, Berolina, Alexanderplatz. Es ist Pflicht eines Jeden, zu erscheinen.

Sonnabend, 29. Oktober

Sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Niederschönhausen. Abends 7½ Uhr Spielabend bei Schlegel, Eichenstr. 44. Die Teilnehmer am Internationalen Jugendtag treffen sich Sonntag vorm. ½9 Uhr am Friedensplatz.

Arbeitersport

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 29. und 30. Oktober. Treffahrt mit den Stettiner Genossen. Chorinchen, Kloster Chorin, Plagefenn. Abf. 1: Sonnabend, nachm. 4,05 Uhr, Stettiner Fernbahnh.; Abf. 2: Sonnabend, abends 8,30 Uhr, Stettiner Fernbahnhof. Bernau, Liepnitzsee; Abf. Sonntag, vorm. 6,10 Uhr, Stettiner Vorortbahnhof. Bernau, Hellemühlenfließ; Abf. Sonntag, vorm. 6,34 Uhr, Vorortbahnhof Gesundbrunnen. Hangelsberg, Rauensche Berge, Fürstenwalde; Abf. Sonntag, vorm. 5,21 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz (Erkner umsteigen). Schwante, Sommerswalde, Oranienburg; Abf. Sonntag, vorm. 7,03 Uhr, Fernbahnhof Gesundbrunnen. Tiefensee, Gamengrund, Strausberg: Abf. Sonntag, vorm. 6 Uhr, Wriezener Bahnsteig. Erkner, Kalkberge, Strausberg; Abf. Sonntag, vorm. 7,30 Uhr, Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Langerönnermühle, Ferch; Tr. Sonntag, vorm. 5,30 Uhr, Bahnhof Schmargendorf. — Kinderwanderungen. Nach Finkenkrug; Tr. Sonntag, vorm. 7 Uhr, Nettelbeckplatz (Normaluhr), oder 7,30 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen (seitl. Eingang). Tiefensee, Buchleiter, Teufelsschlucht; Tr. Sonntag, vorm. 6,15 Uhr, Bahnhof Neukölln. Zehlendorf, Machnow, Wannsee; Tr. Sonntag, vorm 7 Uhr, Bahnhof Steglitz.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Altersriegenturner, Groß-Berlin. Sonntag, den 30. Oktober, Herbstturnfahrt nach Sperenberg. Treffpunkt 7 Uhr Potsdamer Ringbahnhof. Abfahrt 7,15 Uhr bis Zossen. Gäste willkommen.

Naturfreunde. Fahrten am 30. Oktober. Abteilung Steglitz: Kloster Lehnin. Abf. Sonnabend, 6 Uhr, Bahnhof Steglitz. — Abteilung Osten: Radfahrt der Radabteilung nach Königswusterhausen. Abf. 6,15 Görlitzer Bahnhof. — Abteilung Charlottenburg: Zossen—Wagenpfuhl. Abf. Sonntag, 6,34 Uhr, Potsdamer Ringbahnhof. — Abteilung Neukölln: Erkner—Ahlsee. Abf. 6 Uhr Bahnhof Neukölln. — Abteilung Wedding: Potsdam—Wildpark. Abf. 7,30 Uhr Potsdamer Fernbahnhof. — Abteilung Weißensee-Hohenschönhausen: Wiesenwanderung. — Abteilung Wedding: (Jugendfahrt) Birkenwerder—Bernau. Abf. Sonntag, 6,50 Uhr, Stettiner Vorortbahnhof. — Abteilung Norden: Arbeitssonntag i. Ueberfee. Abf. 5,43 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen.

Arbeiter-Wander-Verein „Berlin". Sonntag, den 30. Oktober, Streifzüge in die Umgebung Oranienburgs. Abf. 7,30 Uhr Stettiner Vorortbahnhof bis Oranienburg. Die Tour Britz—Sommerfeld fällt aus.

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz, 1. Männerabteilung. Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 2½ Uhr, in der Turnhalle, Herzbergplatz, öffentliches Turnen unter Mitwirkung des Mandolinenklubs „Presto" (M. d. B. d. A. M.), zirka 30 Mann. Der Eintritt ist frei.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren zum Sonntag, den 30. Oktober. 1. Abteilung: Nowawes (Turngaue); Start 1 Uhr Rüdersstr. 114. — 2. Abteilung: Löwenbruch; Start 7 Uhr nachm. Nowawes; Start 1 Uhr Planufer 63. — 3. Abteilung: Pichelswerder (Freund); Start 1 Uhr Danziger Platz (Kirche). — 4. Abteilung: Johannisthal (Bota); Start 1 Uhr Memeler Park. — 5. Abteilung: Bohnsdorf (Kehlersgrund); Start 1 Uhr Comeniusplatz. — 6. Abteilung: Preislangsamfahren nach Wittenau (Eberhardt); Start 12½ Uhr Kopenhagener Str. 26. — 7. Abteilung: Damentour; Start 12 Uhr. Herrentour; Start 1 Uhr Kolonieftr. 147. Ziel am Start. — 8. Abteilung: Hirschgarten, Wilhelmshof; Start 1 Uhr Waldstr. 8. — 10. Abteilung: Wittenau (Eberhardt); Start 1 Uhr Comeniusplatz. — 11. Abteilung: Streifzüge durch den Grunewald (Endziel Freund); Start 1 Uhr. — Ortsgruppe Schöneberg: Birkenwerder (Jason); Start 1 Uhr Traveplatz. — Ortsgruppe Neukölln: Zehlendorf, Karlstr. 12; Start 1 Uhr Richardplatz. — Ortsgruppe Pankow: Pichelswerder (Freund); Start 1 Uhr Florastr. 24. — Ortsgruppe Rüdersdorf und Umgegend: Nach Wandlitz (Liepnitzsee); Start früh 8 Uhr an der Zentrale in Buch. — Fahrwarte: Zentralfahrwartsitzung Freitag, den 28. Oktober, Rungestraße 7. 7 Uhr.

Gegen das Organ des Arbeitersportkartells, Arbeitersport richten sich eine Anzahl Zuschriften, die wir aus Arbeitersportkreisen erhalten. Insbesondere wird Klage geführt, daß das Organ jetzt fast ausschließlich zur Propagierung der Moskauer Ideen verwandt wird, aber seine eigentliche Aufgabe als Arbeitersportblatt nicht erfüllt. Die Schuld an diesen Zuständen wird fast ausschließlich Lieske zugemessen. Von einer Veröffentlichung der Zuschriften sehen wir ab, weil die Schuld scheinbar mehr bei den Arbeitersportlern ist als bei Lieske. Wenn die Arbeitersportler mit der Schreibweise ihres Blattes nicht zufrieden sind, sollten sie auch Mittel und Wege finden, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Der Arbeiter-Athleten-Bund 4. Kreis, Brandenburg (Mitglied des Arbeiter-Sportkartells Groß-Berlin) hält am Freitag, den 28. Oktober, abends um 7½ Uhr in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142, seinen diesjährigen ersten großen öffentlichen Amateur-Box-Abend ab, woselbst zehn erstklassige Kämpfe stattfinden und die besten Arbeitersportler im Ring sind.

Schach-Abt. Osten 2 des Arbeiter-Schachklubs spielt Freitags 7 Uhr bei Höhne, Weberstr. 13. Gäste herzlich willkommen.

Arbeiter-Radf.-Verein Groß-Berlin. Touren am 30. Oktober: 6½ Uhr nach Nauen, Schützenhaus; 1 Uhr nach Hennigsdorf. Treffpunkt bei Kruse.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Sonntag Altersriegenturnfahrt nach Schöneiche (Rest. Mann). Treffpunkt: 9 Uhr vorm., Bahnhof Karlshorst. — Bezirk Schöneberg: Sonnabend Versammlung bei Rosenthal. — Fußball-Abteilung: Wettspiel gegen Adler 08 auf dem Jugendheimplatz. — Bezirk Süden: Sonntag Schauturnen der 1. Mädchen-Abteilung, Turnhalle Böckhstr. 17, 3—5 Uhr nachm.

Die „Freien Schwimmer" Neukölln (Mitglied des Arbeiter-Wassersport-Verbandes) veranstalten ihr diesjähriges zweitägiges lokales Schwimmfest am Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, und am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Stadtbad Neukölln, Ganghoferstraße. Wie im Vorjahre, so sind auch diesmal die Meldungen von den Vereinen Groß-Berlins und auch aus dem Reiche sehr zahlreich eingegangen, so daß die Konkurrenten spannende Kämpfe zeitigen werden. Aus der Fülle des Programms seien die Stafetten-, Reigen-, Damen- und Rettungsschwimmen und namentlich die Wasserballspiele hervorgehoben. Alles in allem verspricht das Fest einen glänzenden Verlauf zu nehmen. Eintrittskarten sind an der Kasse und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Der Schwimmverein „Welle", Berlin veranstaltet am Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, in der städtischen Badeanstalt, An der Schillingsbrücke, ein großes Schau- und Wettschwimmen. Unter anderem ist der Kunstreigen, welcher von der Damen-Abteilung geschwommen wird, besonders hervorzuheben. Zum Schluß wird ein elektrischer Lampion-Reigen vorgeführt.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 28. Oktober

15. Distrikt. Erwerbslose Genossen, die im Monat November die „Freiheit" unentgeltlich beziehen wollen, melden sich bis zum 31. d. M. beim Genossen Gallus, Barnimstr. 20, gegen Vorzeigung ihrer Legitimation.

20. Verwaltungsbezirk. Die zu heute anberaumte Sitzung der Kommunalen Kommission findet umständehalber nicht statt.

Sonnabend, 29. Oktober

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Baumschulenweg. Nachmittags 5 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von Bogen Nachf., Baumschulenstraße, Ecke Ernststraße, aus.

11. Distrikt. Engere Vorstandssitzung mit Abteilungsleitern und Kommissionsobleuten. Die Sitzung ist um 7 Uhr bei Scheibe, Pasteurstr. 2.

Sonntag, 30. Oktober

19. Verwaltungsbezirk. Landagitationstour der Abteilung Pankow. Treffpunkt aller Genossinnen und Genossen vormittags ½8 Uhr am Rathaus.

19. Verwaltungsbezirk. Parteigenossen, die bei der Agitationstour mithelfen wollen, müssen früh 8 Uhr am Bahnhof Rosenthal sein. Endstation der Straßenbahnlinie Mittelstraße—Rosenthal.

13. Distrikt (Kreuzberg). Kinderwanderung Hirschgarten, Friedrichshagen. Treffpunkt 8 Uhr, Admiralbrücke, Ecke Grimmstraße. Fahrgeld 1,10 M. Trinkbecher, gemahlenen Kaffee und gekochten Reis mitbringen.

Montag, 31. Oktober

Lichterfelde, Lankwitz, Steglitz. Frauenabend bei Fleischer, Lichterfelde, Bäkestraße 7. Vortrag der Genossin Demmning. Gäste willkommen. Beginn 7½ Uhr.

Vereinskalender

Sonnabend, 29. Oktober

Verein „Recht und Sozialismus". Abends 7 Uhr, Bellevuestr. 15, 2 Tr., Vortrag des Ministerialrats Dr. Krüger: „Die Sozialisierung des Wohnungswesens".

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, B. a. G., Hamburg, Filiale Baumschulenweg. Abends 8 Uhr im Lokal von Behrendt, Baumschulenstraße 66, Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Erster Kursusvortrag: „Der Alkohol vor dem Forum der ärztlichen Wissenschaft". Referent: Genosse Dr. S. Drucker. Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16-17 (Zeichensaal).

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5. Vorm. 9½ Uhr Vollversammlung aller in der Groß-Berliner Metallindustrie beschäftigten Transport-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in den Kammersälen, Teltower Str. 1-4, Ecke Belle-Alliance-Straße. Bericht über den Stand der Lohnbewegung und Beschlußfassung. Verbandsausweis legitimiert. Die Sektionsleitung.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebichüs, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.